

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Lauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**
Lauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Berücksichtigung des Kampfes in Italien.

Der Kampf in Italien.

Berlin, 10. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Rom wird gemeldet: Der Konflikt in der Metallindustrie greift nunmehr auch auf andere Erwerbszweige über. So haben in Luni die Arbeiter die Grube besetzt und die rote Fahne gehißt. Man rechnet mit einem ähnlichen Vorgehen in den Gruben von Toscana, Ligurien, Sardinien. — Der Versuch der Arbeiter, in den von ihnen besetzten Metallwerken die Arbeit von sich aus zu organisieren, scheint einen ungünstigen Verlauf zu nehmen. Es wird über Verschwendung von Rohstoffen geklagt. Eine große Anzahl von Arbeitern zieht sich bereits von der Bewegung zurück, da sie mit einem Mißerfolg rechnen. (?) Giolitti hat die Präfecten von Mailand und Turin mit der Vermittlung im Metallarbeiter-Konflikt beauftragt. Als Hauptbedingung wurde von den Arbeitern die Ueberwachung der Betriebe durch Arbeitergenossenschaften aufgestellt.

Kämpfe in Triest und Turin.

Paris, 9. September. Wie das Journal aus Turin meldet, kam es in Triest bei der Besetzung der Oyster der letzten Tage zu Zusammenstößen zwischen Truppen und Manifestanten. Es gab ein vierstündiges Feuergefecht, wobei zwei Personen getötet und 30 verletzt wurden. Die Stadt wurde militärisch besetzt.

Zürich, 9. September. Nach dem Secolo ist die Stadt Turin augenblicklich von der Außenwelt abgeschnitten. Es verlautet, daß dort Kämpfe zwischen Revolutionären und den Truppen im Gange sind.

Beteiligung der Landarbeiter am Kampf.

Mailand, 9. September. Der Quotidiano veröffentlicht eine Rundschreibung des Bundes der Landarbeiter, in der die Landarbeiter aufgefordert werden, die nicht oder nicht genügend bebauten Landflächen am nächsten Sonntagabend zu besetzen; doch sollen dabei Zusammenstöße mit der öffentlichen Gewalt vermieden werden.

Mailand, 10. September. (L. V.) Corriere della Sera meldet, daß es in Reggio Emilia in der Provinz Padua zu einem Konflikt kam, in dem sich 700 bewaffnete organisierte Landarbeiter vor der Kaserne der Karabinieri begaben, um die Freilassung der verhafteten Führer zu verlangen. Die Karabinieri vermochten die Demonstranten nicht zu zerstreuen, die ein heftiges Feuer gegen die Kaserne eröffneten.

Ein Moskauer Aufruf an das italienische Proletariat.

Berlin 10. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit meldet aus Kopenhagen: Ein Moskauer Junkspruch teilt im Wortlaut eines Aufrufs mit, den der Volkskongress der Kommunistischen Internationale an alle Mitglieder der italienischen sozialistischen Partei und an alle revolutionären Proletarier richtet. Der Volkskongress spricht die Ueberzeugung aus, daß der Krieg des kapitalistischen Bolens gegen das proletarische Rußland sich ganz bestimmt in eine allgemeine europäische Arbeiterrevolution verwandeln werde. Insbesondere sei in Italien diese Frage spruchreif. Aus diesem Anlaß richtet der Moskauer Volkskongress heftige Vorwürfe gegen die italienische Sozialistenpartei. Er findet, daß sie unentschieden handle. Es ist nicht die Partei, die für die Massen kämpft, sagt der Aufruf, die Massen sind es, die die Partei feinden. Der Grund liege darin, daß die Partei von reformistischen liberal-bürgerlichen Elementen durchsetzt sei. Nach Schlimmer lese es mit den Gewerkschaftsverbänden in Italien. Sie gehören noch zur „gelben“ Amsterdamer Vereinigung der Gewerkschaften. Der Moskauer Volkskongress erklärt es unbedingt für notwendig, daß die Säuberung der italienischen sozialistischen Partei erfolgt, und daß sie eine kommunistische Partei werde. Es ist die Hauptaufgabe der sozialistischen Partei Italiens, sich mit allen proletarischen und sozialen Elementen des Syndikalismus zu verbinden. Der Moskauer Volkskongress gesteht offen, es ist möglich, daß die proletarische Revolution in Italien den Arbeitern dieselben Leiden auferlegen werde wie dem russischen Proletariat. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Der Entscheidungskampf nähert sich, Italien wird ein Mittelband werden. Das italienische Proletariat wird die beste Gruppe in der internationalen proletarischen Armee werden.“

Ueber die italienische Bewegung zu urteilen, verjagen wir uns; das ist die Aufgabe der italienischen Arbeiter und Sozialisten. Da allein die genaue Kenntnis der Bedingungen ihres Landes haben, die dazu nötig ist, und demnach abwägen müssen, ob der Kampf in dieser oder anderer Weise Aussicht auf Erfolg hat und weiter zu führen ist. Zwar liegt auf der Hand, daß die sandhakenartige Methode, die Fabriken zu besetzen und zu betreiben, notwendig zum Mißerfolg verurteilt ist, da die politische Gewalt auf diese Weise ungestört in den Händen der herrschenden Klassen verbleibt. Auch die Bewaffnung der Fabriken, ihre Verwandlung in Festungen kann nichts nützen, da die Arbeiter auf diese Weise zersplittert werden und dem Militär die Gelegenheit geben würde, die vereinzelten Betriebe nacheinander anzugreifen oder auch hoch zu jernieren, bis der Hunger zur Uebergabe zwingt. Die Bewegung hätte nur dann Aussicht, das kapitalistische Regime zu stürzen, wenn sich ihr der offene Kampf um die politische Macht erschloße. Ob dazu der richtige Augenblick da ist, ob das Kräfteverhältnis so ist, daß die Führer dazu aufrufen dürfen, das zu entscheiden ist aber, wie gesagt, Sache des italienischen Proletariats selber. Uebrigens wissen wir auch nicht, ob sich diese italienischen Syndikalisten das Ziel des völligen Sturzes der kapitalistischen Wirtschaft gestellt haben, oder ob sie sich mit einem Zugucken der Unternehmer zufrieden geben wollen.

Der Ausbruch der Moskauer ist deswegen sehr wichtig, weil er ihren Anspruch, die Arbeiterbewegung in allen Ländern nach ihrem Diktat zu leiten, sehr deutlich erkennen läßt. Das Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale glaubt beurteilen und bestimmen zu können, wie in Italien gekämpft werden muß. Es erhebt in diesem kritischen Augenblick, da das italienische Proletariat seiner ganzen Kraft bedarf, um den großen Kampf zum guten Ende zu führen, die Forderung nach der Säuberung, d. h. nach der Spaltung der sozialistischen Partei. Das sind die Methoden Moskaus, die wir als für uns verbindlich anerkennen sollen.

Eine russische Note an England.

Berlin, 10. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Rote Fahne veröffentlicht ein Privattelegramm aus Stockholm. Danach habe Tschitscherin eine Note an Balfour gerichtet, in der es heißt: Die englische Regierung befindet sich unter dem Einfluß der Illusion, daß in der militärischen Lage im Krieg zwischen Polen und Rußland bedeutende Veränderungen vor sich gegangen seien. In diesem Falle irre sie sich stark, denn unsere Lage hat sich dank der an die Front geschickten Verstärkung zu unsern Gunsten verändert. Wir erklären nach wie vor unsere Bedingungen für nicht ultimativ. Jede von ihnen kann Gegenstand von Verhandlungen werden. Die Sowjetregierung will die Erreichung eines dauerhaften Friedens und sieht in dieser Erreichung eine Folge der moralischen Unterstützung und der Sympathie der breiten Arbeitermassen der anderen Länder. Ingehoß des unaufhörlichen Kampfes der polnischen Arbeiter für den Frieden mit Rußland, steht sich Rußland im Recht, ohne Einbuße für die Sache des Friedens, die polnische Armee durch eine bewaffnete Arbeitermiliz auszufüllen, während ein anderer Bestand dieser Miliz der Herabsetzung des Heeres stark widersprechen wird.

Balfour ist auch ungenügend informiert, wenn er glaubt, daß die Reichthümer der russischen Bourgeoisie vernichtet und nicht zum Gemeinut des Volkes gemacht worden sind. Die arbeitende Gemeinschaft in Rußland hat ihr Schicksal in ihre eigene Hand genommen. Die Form des Sozialismus braucht nur den Frieden, um alle ihre unerschöpflichen Möglichkeiten zu entwickeln. Der Friede ist das Grundziel und der Krieg zwischen Rußland und Polen ist nur eine Episode in diesem Kampf um den Frieden.

Französisch-ungarisches Abkommen gegen den Anschluß Oesterreichs an Deutschland.

Berlin, 10. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ueber die französisch-ungarischen Abmachungen, die sich gegen den Anschluß Oesterreichs an Deutschland richten, meldet der Privatkorrespondent des Berliner Tageblatts aus Salzburg: Auf dem Reichsparteitag der Großdeutschen Volkspartei machte der Präsident der Nationalversammlung Binger die aufsehen erregende Mitteilung, daß in den Verhandlungen, die kürzlich zwischen Frankreich und Ungarn gepflogen wurden, Ungarn das Recht erhalten hat, in Wien einzumarschieren, für den Fall, daß dort bolschewistische Unruhen ausbrechen oder Deutschland den Versuch mache, Oesterreich sich einzuverleiben. Die Versammlung gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung für den Anschluß Oesterreichs an Deutschland.

Es ist anzunehmen, daß die Abmachungen noch weiter gehen. Auch ohne die hier genannten Anlässe werden die monarchistischen Verschwörer die Hilfe der ungarischen Banditen erhalten, wenn die Gelegenheit zur Aufrichtung der Habsburger Herrschaft günstig erscheint.

Wann sollen die preussischen Wahlen sein?

Berlin, 10. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Lokalanzeiger meldet aus parlamentarischen Kreisen, daß sich das Präsidium der preussischen Landesversammlung in Kürze mit den Parteien in Verbindung setzen werde, um sich über die Verteilung der Arbeiten schlüssig zu werden, die noch von der Landesversammlung zu erledigen sind. Man sei in parlamentarischen Kreisen der Ueberzeugung, daß die Landesversammlung die Befassung und die andern dringlichen Arbeiten in vier Wochen erledigen kann, und daß man dann über die Uebernahme der Neuwahlen sprechen müßte. Die Mehrheitsparteien wollen jedoch vor Februar keine Neuwahlen ausschreiben, während die Rechtsparteien der Meinung sind, daß man bereits am Ende dieses Jahres die Neuwahlen vornehmen kann.

Die Berliner Betriebsräte für verschärfte Transportkontrolle.

Berlin, 10. September. (L. V.) Die gestrige Generalversammlung der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin hat der Freiheit zufolge nachstehende Resolution beschlossen: Die Versammlung erklärt sich solidarisch mit den gemahregelten Eisenbahnern in Esfurt und verpflichtet sich, sie mit allen zweckdienlichen Mitteln zu unterstützen. Sie erklärt es für dringend geboten, auch die Kolonialzüge auf Waffen und Munition zu durchsuchen und den Weitertransport von Kriegsgerät zu verhindern. Die Berliner Betriebsräte seien entschlossen, alles zu tun, was zur Durchführung der Blockade Polens und zur Unterstützung Sowjets-Rußlands nötig ist.

Kriegswirkungen im Bergbau.

Wenn man die gewaltigen Ziffern über die Arbeitslosigkeit liest, die zur Zeit herrscht, und nach den Mitteilungen der Industrie in dem kommenden Winter, der vor der Tür steht, zu Millionen anschwellen wird, und auf der andern Seite sieht, daß die Frauenarbeit in Berufen und Berufen wächst, wo man vor dem Kriege überhaupt keine Frauenarbeit kannte, dann kommt einem doch der Gedanke, was ist denn in Deutschland seit dem 9. November 1918 überhaupt vor sich gegangen?

Im Ruhrrevier wurden im 2. Quartal 1915 im Bergbau noch keine Frauen beschäftigt. Im 1. Quartal 1920 sind hier 2894 Frauen beschäftigt. Im 2. Quartal 1918 waren es 17 102 und im 2. Quartal 1919 9202.

Im Sauer Braunkohlenbergbau beschäftigte man im 2. Quartal 1914 596 Frauen, im 1. Quartal 1920 4201.

Im Clausthaler Salzbergbau waren im 2. Quartal 1914 1, im 2. Quartal 1915 45, und im 1. Quartal 1920 129 Frauen beschäftigt.

Im Oberharz Erzkbergbau beschäftigte man im 2. Quartal 1914 7, im 1. Quartal 1920 273 Frauen.

Das Saargebiet steht in der amtlichen Statistik am günstigsten.

Im 2. Quartal 1916 keine, im 2. Quartal 1917 959, im 2. Quartal 1918 1090, im 2. Quartal 1919 52 Frauen und im 1. Quartal 1920 keine.

Der rechtsrheinische Erzkbergbau zeigt dieses Bild: 2. Quartal 1914 121 Frauen, 1. Quartal 1920 47 Frauen. In Ober- und Niederschlesien, wo die Frauenarbeit schon vor dem Kriege herrschte, steht sie im 1. Quartal 1920 fast um das Dreifache höher als 1914.

Daß die Frauenarbeit im Bergbau, dem gefährlichsten, gesundheitsschädlichsten und aufreibendsten Beruf, keine zwingende Notwendigkeit ist, dafür liefert das Saargebiet den besten Beweis.

Die Gesamtzahl der im deutschen Bergbau beschäftigten Frauen wird nach der amtlichen Statistik wie folgt angegeben:

im 2. Quartal 1914 7 205,
im 1. Quartal 1920 23 070.

Die Zahl der Jugendlichen stellt sich wie folgt:

im 2. Quartal 1914 31 290,
im 1. Quartal 1920 36 507.

Ein Mehr von 5217.

Im Ruhrrevier allein stieg die Zahl der Jugendlichen in dieser Zeit von 15 397 auf 20 069, um 5272 Jugendliche. Demnach ist die Zahl der Jugendlichen im übrigen deutschen Bergbau zurückgegangen, wenn auch nur um 55.

Die Gesamtzahl der im Bergbau Beschäftigten betrug im 2. Quartal 1914 767 177, im 4. Quartal 1919 835 656, im 1. Quartal 1920 807 038.

Die Zahl der Frauen ist um 15 397, die Zahl der Jugendlichen ist um 5217, und die Zahl der erwachsenen Arbeiter ist um 18 778 gestiegen.

An der Abwanderung gegen das 4. Quartal 1919 und das 1. Quartal 1920 sind die drei Gruppen wie folgt beteiligt: Frauen 3088, Jugendliche 3920, erwachsene Arbeiter 21 030.

Diese Zahlen zeigen so recht deutlich, daß es mit der angenehmen Arbeit und den hohen Löhnen im Bergbau, von denen außerhalb des Bergbaues geredet wird, in Wirklichkeit ganz anders aussieht.

Den höchsten Stand der Frauenarbeit im deutschen Bergbau hatten wir im 2. Quartal 1918 mit 47 555 und im 1. Quartal 1920 mit 23 070.

Diese Frauen werden nicht etwa mit leichten, ihren Körperkräften entsprechenden Arbeiten beschäftigt, sie müssen in den meisten Fällen Arbeiten verrichten, die früher von Männern, nicht etwa von Invaliden, gemacht wurden; Koksladen, Wagenschleifen usw.

Genau so geht es mit den Jugendlichen, die vielfach über ihre Kräfte hinaus angepannt werden.

Wenn man neben diesen Zahlen die Gewinne der meisten Unternehmungen seit dem 9. November 1918 vergleicht, dann ist es wirklich nicht schwer, herauszurechnen, wer aus der, was man so Revolution seit dem 9. November 1918 nennt, den größten Nutzen gehabt hat.

Bestätigt wird dieser Schluß durch die Kursgewinne im Bergbau. Einige Handelsblätter veröffentlichen eine Zusammenstellung von 30 Kohlenzügen, woraus ersichtlich ist, daß deren Befrager und Aktienhaber während Deutschlands tiefster Armut große Summen einheimfen. So sind die zur Zeit bewerteten Kurse der Beche König Ludwig von 31 000 M. Ende 1918 auf 54 500

Markt Ende 1919 und auf 131 000 Mt. am 31. Juli 1920 zugehen. Das heißt, die Vorkasse der (1000) Ange dieser Gewerkschaft haben in 10 Monaten einen Ausgabegewinn von 110 Millionen Markt erzielt. Die Ange der Zeche Constantin der Große galten Ende 1918 36.500 Mt., Ende 1919 61 000 Mt., und am 31. Juli 1920 156 000 Mt. Ausgabegewinn 99,5 Millionen Markt. Die Ange der Zeche Ewald wurden Ende 1918 mit 36 000 Mt., Ende 1919 mit 61 000 Mt. und am 31. Juli 1920 mit 136 000 Mt. bezahlt. Ausgabegewinn 99 Millionen Markt. Die entsprechenden Zahlen für die Zeche Graf Bismarck sind: 47 000, 68 500 und 130 000 Mt. (Ausgabegewinn 83 Millionen Markt), für die Zeche Lothringen 27 000, 60 000 und 126 000 Mt. (Ausgabegewinn 99 Millionen Markt).

Im Durchschnitt galt ein Kuz der genannten 30 Gewerkschaften: Ende 1918 11 180 Mt., Ende 1919 20 000 Mt., und am 31. Juli 1920 41 147 Mt. Je ein Kuz sämtlicher Gewerkschaften kosteten zusammen: 1918 335 400 Mt., Ende 1919 602 950 Mt., und am 31. Juli 1920 1 234 400 Mt. Der gesamte Kuzbesitz der 30 Bergwerksgesellschaften hatte einen Wert von: Ende 1918 390 Millionen Markt, Ende 1919 818,25 Millionen Markt und am 31. Juli 1920 1 485,7 Millionen Markt. Das ist eine Steigerung um nicht weniger als 1003,7 Millionen Markt in 10 Monaten.

Da die Sozialisierung — falls es überhaupt dazu kommt — nach einer bestimmten Erklärung der Reichsregierung nur gegen eine angemessene Entschädigung vorgenommen werden soll, wird man gespannt sein, welche Summen da gefordert werden. Wie stellen sich auf neue die Frage: Beweisen diese Zahlen, abgesehen von den ungeheuren Kriegsgewinnen, die gerade der Bergbau eingebracht, nicht zu deutlich, daß eine Enteignung ohne Entschädigung der allein richtige Weg ist, aber nicht ohne die Diktatur des Proletariats durchführbar ist?

Moskaus Doppelspiel.

Unsre Frage, ob es verschiedene Bedingungen für den Eintritt in die kommunistische Internationale gibt, verschiedene für die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands und die Sozialistische Partei Frankreichs, ist beantwortet. Mit Ja beantwortet. Zwar sind die Bedingungen, die für die französischen Genossen gelten sollen, noch immer nicht veröffentlicht. Die französische Parteipresse vom Donnerstag enthält sie nicht. Aus Paris wird lediglich gemeldet:

Paris, 9. September. Der sozialistische Parteilaufschuh verhandelte gestern über die von Frossard der französischen Partei für den Beitritt zur 3. Internationale überbrachten neuen Punkte. Es soll laut Welt Parisiens, in dieser Verhandlung sehr lebhaft gegangen sein. Wiederholt wurde die Frage gestellt, ob diese neun Punkte die endgültigen Bedingungen darstellen, da man der deutschen Unabhängigen Partei 21 Punkte gestellt und das französische kommunistische Organ gegen 18 Punkte veröffentlicht habe. Frossard erklärte, daß diese neun Punkte als die endgültigen Bedingungen Moskaus anzusehen seien. Der Ausschuss beschloß, die ganze Partei über den eventuellen Beitritt zur dritten Internationale entscheiden zu lassen und den Bericht möglichst bald drucken zu lassen.

Gleichzeitig aber wird ein Schreiben des Präsidiums des 2. Kongresses der kommunistischen Internationale veröffentlicht, das sich „an alle Mitglieder der französischen sozialistischen Partei, an alle klassenbewußten Proletarier Frankreichs“ richtet und von Sinowjew, Lenin, Serrati, Long und Kollomur gezeichnet ist.

Das Schreiben enthält zunächst eine sehr heftige Kritik der französischen Partei, die ihre Pflicht im Kampf gegen die französische Bourgeoisie, die zu einem Volkwerk der Reaktion geworden sei, nicht erfüllt habe. Während des Krieges sei das Verhalten der Führer der früheren Parteimehrheit Renaudel, Thomas, Sembet nicht besser gewesen, als das schamlose Verhalten der Scheidekann und Kosse. Die frühere Minderheit habe gegen die schweigende Mehrheit nie einen prinzipiellen klaren Kampf geführt. Zur Mehrheit geworden, setze sie dieselbe zweideutige Politik fort und spiele eine traurige opportunistische Rolle. Sie und ihre Führer wie Longuet seien sehr nach Sozialpatrioten aus. Die französische Partei sei noch hinter den deutschen Unabhängigen zurückgeblieben, da sie sich noch nicht einmal von ihren offenen Verrätern und Sozialpatrioten losgelöst habe. „In ihrer Partei“, heißt es in dem Schreiben, „gehören noch Personen wie Renaudel, der treueste Sklave der französischen Bourgeoisie. Sie wurden noch solche Verräter an der Arbeiterklasse wie Jouhaux und seine Gesinnungsgenossen, die sich jetzt bemühen, die gelbe Internationale der Gewerkschaften neu zu errichten. In ihrer Partei dürfen noch immer diejenigen ihrer Mitglieder verbleiben, die die Unversämlichkeit halten, bei der Abstimmung über den schmachvollen und blutig räuberischen Versailles Frieden in der französischen Deputiertenkammer sich mit Stimmenthaltung zu begnügen.“ So treibe die fehlige Mehrheit eine Politik voller Schwankungen, Zweideutigkeiten und Falschheiten.

Diese Kritik wird nun in einzelnen ausgeführt, namentlich wird das Festhalten einer illegalen Tätigkeit, insbesondere im Bereich der Arbeiterbewegung, die französische Partei habe es auch unterlassen, die Führer der Konföderation du Travail (Gewerkschaftsbund) für ihre niedrigen Verräterei an den Pranger zu stellen und den Kampf gegen sie zu eröffnen, um „die französischen Gewerkschaften von dem korrumpierenden Einfluß des Kapitals zu befreien“.

Frossard hätte das zögernde Verhalten gegenüber der dritten Internationale damit zu entschuldigen versucht, daß die größten europäischen sozialistischen Parteien bisher der dritten Internationale noch nicht beigetreten sind. Demgegenüber müßte gesagt werden: Wenn unter den größten europäischen die vom Sozialpatriotismus verführten Parteien gemeint sind, so wünschen wir ihren Beitritt in die kommunistische Internationale nicht und werden sie nie hineinnehmen. Alle wirklichen revolutionären Parteien Europas und Amerikas sind bereits in unsere Reihen. Die kommunistische Internationale hat sich bereits zu einer solchen Macht gestaltet, daß sie für einen gewissen Teil der Sozialisten zur Methode geworden ist. Einige Anhänger des Zentrums legten sich die Bezeichnung Kommunisten zu und glauben, daß man sich der dritten Internationale anschließen kann, ohne in Wirklichkeit mit der bisherigen opportunistischen Politik zu brechen. Das kann die kommunistische Internationale nicht dulden. Wir werden unsere Organisation nicht verewässern lassen. Die kommunistische Internationale muß eine schlagkräftige internationale Gemeinschaft der kommunistischen Arbeiterschaft werden.“

Das Schreiben behandelt dann das Verhalten der Gewerkschaften und erklärt: „Die Gewerkschaften bedeuten für die Sozialpatrioten ihren letzten Stützpunkt. Die zweite Internationale als politische Organisation zerfiel wie ein Kartenhauschen, die neue gelbe Amsterdamer Internationale aber ist eine zu schwache Basis für die Sozialisten. Diese Amsterdamer Internationale ist momentan noch mehr als die Liga der Nationen schädlich und gefährlich für die Weltrevolution. Mit Hilfe der Lenin, Compens und Jouhaux verführt die Bourgeoisie, aus der Amsterdamer Internationale der Gewerkschaften eine ebensolche Waffe für ihre räuberischen Ziele zu machen, wie es die sozialdemokratischen Parteien der ganzen Welt während des imperialistischen Krieges gewesen waren.“

Es seien deshalb innerhalb der Gewerkschaften kommunistische Zellen zu organisieren, die den Kampf gegen die Wachstumsfäden der großen und kleinen Jouhaux führen bis zur Verlangung der sozialdemokratischen Führer. Denn nur gegen diese sei eine Revolution möglich. „Die roten Gewerkschaften beginnen sich jetzt im internationalen Maßstab zu organisieren. Auf die Initiative des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationalen Schulen die linken Gewerkschaften Italiens, Russlands und Englands einen Dreieck, der im August oder September seinen internationalen Kongreß der roten Gewerkschaften haben wird. Er soll das Gegengewicht gegen die Amsterdamer Internationale der gelben Gewerkschaften darstellen. Unterstützt dieses Unternehmen in Frankreich! Bringt es soweit, daß Eure Syndikate sich der Internationale der roten Gewerkschaften anschließen und ein für alle mal mit den gelben brechen! Das ist die Aufgabe der aufrichtigen Revolutionäre in Frankreich.“

Das Schreiben wendet sich dann der Frage des Anschlusses zu. Es wiederholt, daß die französische Partei hinter den deutschen Unabhängigen zurückgeblieben sei und fordert mit größtem Nachdruck den Ausschluß von Longuet. „Wir erklären mit voller Bestimmtheit, daß trotz des Kampfes, den Longuet für die russische Revolution führt, trotz des Bekenntnisses seines Mundes zur Diktatur des Proletariats wir nach der ideologischen Position und der ganzen Tätigkeit des Longuet sowohl in der Presse wie im Parlament in ihm den zweiten Kautsky sehen. Ja, es ist unvermeidlich, daß Sie mit einer Reihe Ihrer rechtsstehenden Führer, die bis zum Mark Ihrer Knochen vom Reformismus infiziert sind, brechen.“

Die Hauptsache sei aber, die reformistischen Traditionen aufzugeben. Man verlange von der Partei nicht, daß sie sofort eine „Sozialrevolution mache“, aber sie müsse eine radikalste Propaganda für die Ideen der proletarischen Diktatur und des Kommunismus treiben. Cachin und Frossard hätten sich mit den Bedingungen einverstanden erklärt. Das Schreiben fährt dann fort: „Der Kongreß werde das Exekutivkomitee bevollmächtigen, die französische Partei aufzunehmen, wenn sie „die vom Kongreß gestellten Bedingungen annehmen und durchführen wird.“

Wir bestätigen voll und ganz unsere Antwort an die deutschen Unabhängigen, die auch in der französischen kommunistischen Presse abgedruckt war. Diese Antwort war fast im selben Maße auch an Sie gerichtet, das heißt an die Mehrheit der französischen sozialistischen Partei.

Den besonderen Verhältnissen in Frankreich entsprechend stellen wir folgende 10 Punkte auf:

1. Die französische sozialistische Partei muß den Charakter ihrer täglichen Propagandarbeit und ihre Aktion in der Presse radikal ändern, in dem Sinne wie wir es schon oben ausgeführt haben.

2. In der Frage der Kolonien ist eine deutliche und klare Linie für die Parteien von großer Wichtigkeit, besonders in jenen Ländern, deren Bourgeoisie ihre Macht auch über Kolonialvölker verbreitet. Die französische Partei muß radikallos die Wachstumsfäden der französischen Imperialisten in Bezug auf die Kolonien entknoten, muß nicht nur in Worten, sondern auch durch Taten jede Besetzungsbewegung in den Kolonien unterstützen, muß die Lösung popularisieren: „Fort mit den Imperialisten aus den Kolonien“, muß die Arbeitermassen Frankreichs zu einem aufrichtig brüderlichen Verhalten gegenüber den Arbeitermassen der Kolonien erziehen und eine systematische Agitation im französischen Heere gegen die Unterdrückung der Kolonialbevölkerung treiben.

3. Die französische Partei muß die Verlogenheit und die Heuchelei des Sozialpatriotismus entknoten, muß den Arbeitern systematisch beweisen, daß ohne revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus alle internationalen Schiedsgerichte, alles Reden von Verminderung der Waffen die Heuchelei vor neuen imperialistischen Kriegen nicht zu retten vermögen.

4. Die französische sozialistische Partei muß mit der Organisation der revolutionären kommunistischen Elemente innerhalb der Allgemeinen Arbeiterkonföderation den Kampf gegen die sozialverführerischen Führer der Konföderation beginnen.

5. Die französische sozialistische Partei muß nicht nur in Worten, sondern auch tatsächlich die Unterwerfung der parlamentarischen Fraktion unter die Partei im allgemeinen aus strengste durchzuführen. Sie muß nur jene Deputierten der Fraktion anerkennen, die gewissenhaft sich an die Beschlüsse der Partei halten und ihre ganze parlamentarische Arbeit im oben erwähnten Sinne einfließen.

6. Die heutige Mehrheit der französischen sozialistischen Partei muß ihr Verhalten gegen den linken kommunistischen Flügel der französischen Arbeiterbewegung ändern. Die Partei muß die Spalten ihrer Wälder den Kommunisten öffnen. Die fehlige Mehrheit muß aufrichtige Annäherung an die kommunistischen Elemente Frankreichs suchen.

7. Die französische Partei muß radikal mit dem Reformismus brechen und muß die systematische Entfernung aller jener Elemente, die den neuen Weg zu beschreiten nicht fähig sind, durchführen.

8. Die französische Partei muß auch ihren Namen ändern und sich vor der ganzen Welt als kommunistische Partei Frankreichs bezeichnen.

9. Die französischen Genossen müssen die Notwendigkeit der gleichzeitigen legalen und illegalen Arbeit in einer Epoche, in der die Bourgeoisie den Besetzungszustand über die Arbeiter und ihre Führer verhängt, anerkennen.

10. Die französische Partei, wie alle Parteien, die sich der dritten Internationale anschließen wollen, muß die Hilfsfunktion der kommunistischen Internationalen anerkennen. Die kommunistische Internationale anerkennt durchaus die Verlogenheit der Verhältnisse, unter denen die Parteien der verführten Länder zu kämpfen haben. Die Kongresse der kommunistischen Internationale werden diesen Umstand stets auf die Wahrschule legen und allgemeine Beschlüsse nur dann und nur in solchen Fragen annehmen, wo für ihre Durchführung keine Hindernisse vorliegen.

Wir bitten Sie, alle französischen Arbeiter von dieser unsrer Antwort zu unterrichten.

Der Sinn dieser Bedingungen ist sicherlich derselbe wie der jener, die unsrer Partei gestellt werden. Aber es fehlen in den 10 Punkten gerade diejenigen, die die Schlüsselpunkte der 21 sind, die für uns gelten sollen. So die Forderung, daß die Partei ihren Zentralsvorstand und alle Zentralinstanzen mindestens zu zwei Dritteln aus emigranten Anhängern des Moskaer Diktats zusammensetzen muß, daß sie jeden auszuschließen hat, der „grundlegend“ die Bedingungen Moskaus ablehnt, daß sie die Delegierten zum außerordentlichen Parteitag auszuschließen hat, die sich „grundlegend“ gegen die Annahme der Bedingungen erklären. Und endlich fehlt die Bedingung der strengen „demokratischen“ Zentralfunktion, d. h. der Führerdiktatur. Auch wird zwar Longuets Ausschluß in der Einleitung gefordert, nicht aber in den 10 Punkten, so daß der Eindruck entstehen kann, und offenbar soll, daß dieser Ausschluß zwar von der Moskaer Internationale gewünscht, aber nicht zur absoluten Bedingung für die Zulassung gemacht werde. In den Bedingungen für die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands aber wird der Ausschluß Longuets, Hissings u. a. in den Bedingungen unter Punkt 7 selbst gefordert und als „ultimativ“ bezeichnet.

Man sieht, daß die Sprache, die Moskau zu den französischen Genossen spricht, eine wesentlich andere, mildere ist als die, die es gegen die deutsche Unabhängige Sozialdemokratie führt! Moskau läßt den französischen Genossen die Konsequenzen seiner Be-

dingungen, ihren wahren Charakter zu verschleiern. Ans gegenüber hat es das nicht für nötig gehalten. Zu welchem Zweck? Will es das Proletariat Deutschlands und Frankreichs in dieser Frage täuschen? Will es die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands zunächst isolieren, um sie so zur Unterwerfung unter sein Diktat zu bringen. Oder glaubt es gegen uns herausfordernd sein zu können und zu müssen, weil es um der zusammengebrochenen SPD. willen unsre Partei auf schnellstem Wege inspannen will, irreführend durch den großmüßigen Schwindel der Kommunisten und ihrer Verwandten in unsern eigenen Reihen, daß die „rechten“ Führer nur eine Handvoll Offiziere ohne Soldaten seien, daß die Massen der USP. ungebüdig des Augenblicks harren, wo sie ins kommunistische Lager abzuweichen können.

Wir halten es für sehr wahrscheinlich, daß diese Erwägungen dazu geführt haben, unsrer Partei besonders verstärkte Bedingungen zu stellen, die man den französischen Genossen in solcher Unversämlichkeit nicht zu bieten mag. Jedenfalls ist das Doppelspiel Moskaus erwiesen!

Die Schlussfolgerung für die deutsche Arbeiterschaft liegt auf der Hand!

Fleischwucher.

Erhöhung der Lebensmittelpreise, Wucher auf allen Gebieten der Nahrungsmittelversorgung — das sind die Kennzeichen der Vorkriege, die das goldene Zeitalter der vielgelesenen wiedererstandenen freien Wirtschaft einleitete. Wir haben gestern erst den Antrag der Agrarier auf Erhöhung der Getreidepreise mitgeteilt. Heute lesen wir in der Münchener Post einen Bericht, aus dem hervorgeht, wie die Bevölkerung bei dem in Aussicht stehenden freien Handel mit Fleisch geschröpft werden soll.

Belancklich soll nach dem Diktat der Agrarier die Bewirtschaftung des Fleisches demnachst ganz dem freien Handel überlassen werden. Es sind aber jetzt Bestrebungen im Gange, die für die landwirtschaftlichen Produzenten günstigen Bedingungen der Zwangswirtschaft beizubehalten. Es sollen zwar die vorgeschriebenen Höchstpreise für Fleisch und Wurst fallen, die Höchstpreise für Schlachtkörper will man aber fortbestehen lassen. Es soll also damit der Weg zur schrankenlosen Schräpfung der Konsumenten offengehalten werden. Ueber die Pläne für die weitere Gestaltung der Vieh- und Fleischpreise berichtet das Münchener Blatt, daß für Schweine für den freien Handel ein Preis von 350 Mt. pro Zentner Lebendgewicht vorgeschlagen ist. Die Städte und Industriekentzen sollen aber gehalten werden, mit den Viehverwertungsgenossenschaften Verträge abzuschließen. Diese Viehverwertungsgenossenschaften haben die vertrauliche Anweisung, für den Zentner Schweinefleisch Lebendgewicht 800 Mt. zu fordern. Die diesem Preis ist folgende Berechnung zugrunde gelegt:

Der Metzger, der vertraglich Schweine liefert, erhält einen Grundpreis pro Zentner Lebendgewicht von 800 Mt. Für jeden Zentner Schweine, den er liefert, erhält er zwei Zentner Mais à 50 Mt. Diesen Mais abzunehmen ist jeder Metzger vertraglich verpflichtet. Zu diesem Preis wird sich auch kein Metzger sträuben, dieses Maßfutter abzunehmen. Die zwei Zentner Mais zu je 50 Mt. pro Zentner Schweine sowie die 600 Mt. sind ihm vertraglich gesichert.

Das ist einerseits die Verrechnung zwischen Viehverwertungsgenossenschaft und Metzger.

Die Verrechnung zwischen Viehverwertung und Verbraucher liegt folgendermaßen aus: Grundpreis für Metzger 800 Mt., zwei Zentner Mais à 100 Mt. = 200 Mt., Handelsunkosten 100 Mt.; somit ein Zentner Schweine Lebendgewicht 900 Mt. Das führt zu einem Schweinefleischpreis von 14 bis 15 Mt. für das Pfund.

Womit ist nun die Verrechnung zwischen Viehverwertung und Verbraucher begründet?

Für den Zentner Mais wurden schierzuletzt bezahlt 150 Mt. Für diesen Preis wird in Deutschland heute ein Pfund abgenommen. Nun gibt man dem Schweinemetzger den Zentner zu 50 Mt., wie oben bereits erwähnt. Zwei Zentner Mais gegen einen Zentner lebendes Schweine. Das Defizit von 100 Mt. pro Zentner Mais schlägt man auf den Verkaufspreis für den Verbraucher, somit 200 Mt. pro Zentner Schweine. Diese 200 Mt., der Grundpreis 800 Mt. und der unverrückbare Teil von 100 Mt. für Handelsunkosten, ergeben dann den Preis von 900 Mt.

Wir haben also theoretisch Aufhebung der Zwangswirtschaft, einen Höchstpreis von 350 Mt. im freien Handel, praktisch aber einen Zentnerpreis von 900 Mt. Lebendgewicht um 14 bis 15 Mt. pro Pfund. Der Leser ersieht aus diesen Tatsachen, daß es sich bei dem Gerede über die Aufhebung der Zwangswirtschaft wieder um einen grandiosen Volksbetrug handelt.

Beschlag soll nun aber diese neue Schräpfung der schon ohnehin durch die Wucherer vollständig ausgeplünderten Volksmassen erfolgen? Weil man schierzuletzt 150 000 Tonnen Mais aus dem Auslande eingeführt und dafür einen Preis bezahlt hat, von dem Fachleute sofort erklärten, daß zu diesem Preise ein Absatz in Deutschland unmöglich sei, daß aus diesen Geschäft ein ungeheures Defizit erwachsen müsse. Das Geschäft wurde gemacht vom Unterstaatssekretär a. D. Eder u. Braun, dem geschäftsführenden Vorstandsmittglied des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, einem Wortkämpfer für die freie Wirtschaft. Weil die Geschäftsführung landwirtschaftlicher Verbände und Genossenschaften sich verwehrt hat, 150 000 Tonnen, das sind drei Millionen Zentner, Mais den Zentner um 100 Mt. zu teuer gekauft hat, darum soll das Defizit von 300 Millionen Markt aus der Tasche der Verbraucher genommen werden. Die breiten Massen des Volkes, soweit sie bei dem ungeheuer hohen Preis überhaupt noch imstande sind, sich ein Stückchen Fleisch zu kaufen, sollen also auch noch die Kosten für die verkehrte Spekulation der agrarischen Organisationen tragen. Die Agrarier haben während des Krieges und auch noch nach der Revolution Reichenwägen eingeschickt. Jetzt soll ihnen auf Kosten der Allgemeinheit billiger Futter geliefert werden, während die Masse der Verbraucher die Kosten für die ganze bisher betriebene unnütze Wirtschaft tragen soll. Was erlaubt man elamatisch der minderbemittelten Bevölkerung noch alles bieten zu dürfen.

Wir haben den Reichswehrminister überschätzt.

Wir erhalten folgende Zuschrift der Nachrichtenstelle des Reichswehrministeriums:

Die in der Montagausgabe der Leipziger Volkszeitung, Nr. 173 vom 30. August, in dem Artikel: Ein Geisteserbe, Warnruf gegen die Marinebehörde wiedergegebene Nachricht von einer angeblich im Reichswehrministerium verfaßten Denkschrift ist unzutreffend.

Eine derartige Denkschrift ist weder vom Reichswehrminister noch von irgend einer Stelle des Reichswehrministeriums verfaßt worden.

Wir haben also den Reichswehrminister überschätzt. Nicht uninteressant aber wäre, zu wissen, wie die Falschmeldung, die durch den größten Teil der deutschen Presse ging, entstehen konnte. Ist es ein reines Märchen oder hat etwa eine andre Stelle den Warnruf gegen die reaktionären Bestrebungen des Marineoffizierskorps erhoben?

Die Berücksichtigung des Reichswehrministers trifft sehr paßend zusammen mit folgenden Mitteilungen über die reaktionären Treiberelien in der Marine: Man hört jetzt viel von Zusammenstößen zwischen Offizieren und niederen Besatzungen sowie Mannschaften. Die Offiziere, denen je länger um so mehr der Kammschmitt, seitdem sie nach dem Kapp-Zug wieder in Amt und Würden sind, bemühen sich lebhaft um die Förderung der monarchistischen Gesinnung. Außerlich tritt das in Erscheinung in

dem Bestreben, die jetzt von der Marine getragene schwarz-rot-goldene Kokarde wieder zu beseitigen und die in wilhelminischen Zeiten geführte schwarz-weiß-rote erneut einzuführen. Wer sich auf den Boden der Verfassung stellt, und die ihr widersprechenden Zustände bei der Marine auch nur zu besprechen magt, über den wird die weiße Feme verhängt in der Form der Abkommandierung. Aufrechte Männer sind auf diese Weise gezwungen, von Station zu Station zu wandern, ohne daß sie sich dagegen wehren können.

Im Küstenregiment Wilhelmshaven treibt man es besonders toll. Von diesem Truppenteil ist ein Oberbootsmannmaat, der auch dem reaktionären Treiben widerstrebt hat, kurzerhand „abkommandiert“ worden, wie aus einem Briefe hervorgeht, in dem wir Einblick nehmen konnten, zu dem Zwecke, den Mann „beurteilen zu lassen“.

Man kennt das. Die Wachspiggigkeit der Regierung gegenüber den Kappisten im Heere und der Marine rächt sich, wie man deutlich sieht, an den Männern, die die demokratische Regierung verteidigt haben und treu zur Republik stehen. Alle Verfügungen des Reichswehrministers, die diesem unhaltbaren Zustand abhelfen sollen, bleiben Papier.

Große Waffenschiedungen in Erfurt.

Die Thüringer Landessetzung meldet: Ermittlungsbeamten des Reichsstaatsministeriums Berlin und der Zweigstelle Weimar gelang es mit Unterstützung der Erfurter Kriminalpolizei, großen Waffenschiedungen auf die Spur zu kommen und sie zu vereiteln. Es handelt sich um annähernd 100000 verschiedene Gewehre und 340000 Maschinengewehre, die verpackt werden und den Schiebern riesige Summen einbringen sollten. Wenn das Verfügensrecht über die Waffenteile ausreicht, konnte noch nicht einwandfrei festgestellt werden. Es macht den Eindruck, als ob von den betreffenden Verwaltungen hier viel geleistet worden ist.

Wie weit den einzelnen Beteiligten eine krasse Handlung auf Grund des neuen Entwaffnungsgesetzes nachgewiesen werden kann, läßt sich noch nicht übersehen. Auf Grund der Ermittlungen wurden von der Kriminalpolizei eine Anzahl Festnahmen vorgenommen, darunter der Schüler Fabrikant Sauerberg, der schon mehrfach in dazwischenliegenden Verfahren verurteilt gewesen ist, und mehrere Angestellte des Erfurter Reichswerkes. Die Waffen sind beschlagnahmt und sichergestellt, so daß ihre Vernichtung erfolgen kann.

Die V. R. N. behaupten, daß es sich nicht um Schießungen für politische Zwecke, sondern nur um Wagnisaktionen handle, die den Beteiligten vor der Zerstückung der Waffen noch bedeutende Gewinne bringen sollten, doch wird man auf tun, zunächst das Ergebnis der Untersuchungen abzuwarten.

Die Arbeitslosenfrage im Reichstagsauschuß.

Aus der Beratung des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages über die Arbeitslosigkeit ist hervorgegangen, daß nach dem Urteil aller Parteien mehr Arbeiter aus Land gebracht werden müßten, jedoch nur solche Arbeiter, die für die Landwirtschaft wirklich willig und geeignet sind. Dann müßte aber auch der Aufbau von Kleinwohnungen auf dem Lande in viel stärkerer Weise als bisher vom Reich und Staat gefördert werden. Am Schlusse der eingehenden Aussprache wurde ein aus allen Parteien gebildeter Untersuchungsausschuß eingesetzt, der in Gemeinschaft mit dem Reichsarbeitsministerium die weiteren Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu prüfen hat. Ein Antrag Ledebour (U. S.) auf Ergänzung bzw. Abänderung der Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge wurde abgelehnt und statt dessen ein Vermittlungsantrag der bürgerlichen Parteien angenommen, demnach die geltenden Bestimmungen auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge baldmöglichst in eine gesetzliche Gestaltung zu überführen sind. Dabei ist insbesondere der Weg der Arbeitslosenversicherung zu beschreiten mit dem obersten Zweck, die Arbeitskraft der Erwerbslosen produktiv zu verwenden. Insbesondere ist die Anhebung von Bauern und Landarbeitern und die Kultur von Bädern, der Bau von Talpferren, Überlandzentralen und Straßen und die Anhebung solcher Arbeiter auf dem Lande, die selbst oder deren Frauen vom Lande kommen, zu fördern.

Die Lage in Oberschlesien.

Eine Mahnung an die Arbeiterschaft.

Der Gewerkschaftliche Nachrichtenendienst bringt einen Bericht aus Gleiwitz, in dem behauptet wird, daß die Aufforderung zur Waffenabgabe bisher noch keinen Erfolg gehabt habe. Trotz hoher Strafandrohung seien noch keine 5 Prozent der im Besitz der Volksbevölkerung befindlichen Waffen abgegeben worden. Der polnische Generalstreik sei ohne jeden Erfolg beendet worden. Die polnischen Arbeiter rächen sich jetzt dafür dadurch, daß sie ihre deutschen Arbeitstameraden, besonders in den Gruben, wo sie die Mehrheit haben, von der Arbeit ausschließen und von Haus und Hof verjagen. Im Kreise liegt vorwiegend die französische noch die italienische Besatzung Ordnung zu schaffen. Der Berichtserstatter sagt weiter, daß die französischen Behörden, besonders ihre obersten Spitzen, keine Vorwürfe träfen, nur bei der Waffensuche sei sehr einseitig verfahren worden. Deutsche Wohnungen und Behörden würden rücksichtslos behandelt, den Polen gegenüber werde die gleiche Schärfe nicht angewandt. Der Bericht sagt schließlich:

„Dumme Menschen, die nicht zu unterscheiden vermögen, daß Franzosen und Polen in Oberschlesien zurzeit eine stärkere Position haben als wir Deutschen, verbreiten dann in ihrer Verärgerung die wildsten Nachrichten in der deutschen Presse und erzeugen so den Haß und die Eifersucht, wie sie sich jetzt wieder zum Schaden des ganzen deutschen Volkes in Breslau ereignet haben. Lorenz, die nicht über ihre Brille hinaussehen vermögen, als wenn immer noch die ober-schlesischen Ereignisse und Verhältnisse mit Macht und Bluff weisern zu können. Es ist bedauerlich und verbietet schon der Erwähnung, daß auch in Oberschlesien die Kommunisten sich, wie in andern Bezirken Deutschlands wiederholt festgestellt, in der Gesellschaft der Deutschen befinden. Die Kommunisten sind hier selbst weitergegangen. Sie haben in greuzer Verbrüderung mit polnischen Agitationskomitees zusammengewirkt, um aus Oberschlesien einen Sowjetstaat zu bilden. Das Programm dieser deutsch-polnischen revolutionären Komitees bestand in der Loslösung von Deutschland und Errichtung einer ober-schlesischen revolutionären Republik. Es waren natürlich Kinderköpfe, die da glaubten, derartige Phantasieereien durchführen zu können. Immerhin hatten die bisherigen ober-schlesischen Tage auch ihren kommunistischen Theaterdonner anzuweisen gehabt.“

Der Berichtserstatter sagt zum Schluß, daß die deutsche Arbeiterschaft in Oberschlesien sich hüten müsse, deutsch-nationalen Kreisen als Werkzeug zu dienen. Ihr Verhalten gegen die ober-schlesische polnische gesinnte Bevölkerung bedürfe einer Änderung. Die gemeinsame Parole der gesamten Arbeiterschaft Oberschlesiens müsse sein: Los von Korjan! Denn Korjan ist auf Kosten der ober-schlesischen Arbeiter der eifrigste Anhänger der groß-polnischen imperialistischen Ziele.

Gültigkeit der Steuergesetze in Oberschlesien.

Oppeln, 7. Sept. Im Gegensatz zu einer weitverbreiteten Meinung über die direkten Steuern in Oberschlesien hat die Interalliierte Kommission die Reichsgesetze über diese anerkannt, jedoch mit zwei Ausnahmen: Das Gesetz vom 31. 12. 1919 über das Reichsnotengeld und das Gesetz vom 21. 7. 1920 über die Abzüge vom Arbeitseinkommen sind von der Gültigkeit ausgeschlossen. Alle übrigen sind in Kraft. Ihre tatsächliche Durchführung mittels der gesetzlichen Zwangsmittel wird bewilligt.

General De Rond im Bunde mit den Polen?

Unter der Überschrift: „Der unparteiische General De Rond“ veröffentlicht die Breslauer Morgenzeitung einen Erlaß der interalliierten Kommission, der an die französischen Kreisontrolloren gerichtet ist. Darin wird den Kreisontrolloren empfohlen, an

schäfts der „langsam wachsenden Erregung in der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien“ die Aktion zur Entwaffnung der irregulären polnischen Truppen mit mehr Stärke durchzuführen.

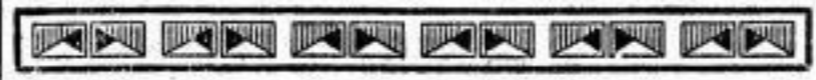
Am Schlusse des Erlasses heißt es aber: „Nach hinführender Rücksprache mit den leitenden polnischen Stellen erfolgen Direktiven bezw. Anweisungen für die weitere Behandlung der noch kommenden Ereignisse.“ Und an einer anderen Stelle wird gesagt: „Nicht zu vergessen aber sind die ergangenen Anweisungen über die Stellungnahme gegenüber den polnischen Drangarn im Falle eines Zusammenstoßes und über dessen Wirkung nach außen (O. a. 93-27. 8. 20).“

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung steht offenbar die folgende Meldung:

Beuthen (Oberschl.), 9. September. Die Breslauer Volkszeitung (?) ist heute unter der Behauptung, daß der von ihr veröffentlichte Runderlaß des Generals De Rond gefälscht sei, auf einen Monat in Oberschlesien verboten worden.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Kattowitz

Kattowitz, 9. September. Die interalliierten Regierungs- und Wehrkommission hat den Belagerungszustand über den Stadtbezirk Kattowitz aufgehoben.



Arbeiter, Parteigenossen!

Die blutige Lehre des Weltkrieges hat einen großen Teil des Proletariats zu der Ueberzeugung gebracht, daß es zur Verhinderung gleicher Tragödien unbedingt notwendig ist, dem internationalen Kapital eine seiner hauptsächlichsten Stützen zur Aufrechterhaltung seiner Klassenherrschaft, und zwar die Herstellung von Werkzeugen, aus der Hand zu schlagen. Der internationale Gewerkschaftsbund hat in einem Aufruf an die Arbeiter aller Länder die gewerkschaftlichen Organisationen der einzelnen Länder aufgefordert, alle Mittel zu ergreifen, um der Erzeugung von Waffen ein Ende zu bereiten. Getreu diesem internationalen Beschlusse hat die Berliner Gewerkschaftskommission durch eine besondere Willensäußerung die ihr angeschlossenen Organisationen verpflichtet, das ihrige zu der Verhinderung der Waffenfabrikation beizutragen.

Der in Berlin liegende Betrieb der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Berlin-Wittenau, der vor und während der Kriegszeit fast ausschließlich auf die Waffenfabrikation eingestellt war, hat jetzt den Versuch unternommen, das von seiner profitablen Geschäft der Waffenherstellung erneut aufzunehmen, und zwar nicht nur für Duzen- und Jagdwaffen, sondern auch für ausgesprochene Seeerwaffen.

Die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbands, die sich verpflichtet fühlt, die internationalen sowie die örtlichen Beschlüsse zur Durchführung zu bringen, forderte die in der Waffenabteilung beschäftigten Arbeiter auf, die Waffenfabrikation einzustellen. In dieser Abteilung war das Organisationsverhältnis ein nicht besonders günstiges, und zwar gestiftet ein jenseitiger Protest der revolutionären Betriebsorganisation an. Auch sind in der Abteilung ein Teil von Arbeitern und Arbeiterinnen beschäftigt, die die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation noch nicht erkannt haben. Nachdem wir in verschiedenen Versammlungen die Meinungen der Arbeiterklasse klären wollten, so auch die revolutionäre Betriebsorganisation die Konsequenz und schloß ihre Mitglieder, die in der Waffenabteilung arbeiteten, aus der Betriebsorganisation aus. Es war also nun der Zustand zu verzeichnen, daß neben einem Prozent der gewerkschaftlich organisierter Arbeiter ein ziemlich ebenso großer unorganisierter in der Abteilung vorhanden war. In einer ersten Versammlung verlangten wir von allen in der Abteilung beschäftigten Arbeitern, daß sie aus Rücksicht gegenüber der gesamten Arbeiterklasse die Waffenfabrikation einzustellen und den Betrieb zu verlassen hätten. Der übergroße Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter leistete dieser Aufforderung bedingungslos Folge, trotzdem eine große Anzahl Kollegen darunter war, die eine 6-11monatige Gewerkschaft hinter sich hatten. Auch ein Teil der Unorganisierten hat sich unsern Kollegen angeschlossen. Der größte Teil der Unorganisierten und auch diejenigen, die bis vor kurzem der revolutionären Betriebsorganisation angehört (1), haben dem Aufruf nicht Folge geleistet, sondern stellen weiter ihre Arbeitskraft zur Herstellung von Werkzeugen zur Verfügung. Bedauerlicherweise auch ein kleiner Teil der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die zum Teil schon auf eine langjährige Mitgliedschaft zurückblicken.

Infolge dieses Verlangens der vom Metallarbeiterverband zur Aktion aufgerufenen Arbeiter besteht die Befürchtung, daß es nicht möglich sein wird, die Waffenfabrikation in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken zu unterbinden und daß die Firma mit allen Mitteln versuchen wird, zur Aufklärung der gestohlenen Verleugert Arbeiterkräfte für diese Fabrikation zu bekommen.

Die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbands appelliert an das Solidariätselement nicht nur der Berliner, sondern der gesamten Arbeiterklasse, daß der Kampf, den die Verwaltungsstelle Berlin zur Unterbindung der Waffenfabrikation aufgenommen hat, von der gesamten Arbeiterklasse die bedingungslose Unterstützung erfährt, und daß es durch die Befestigung der Solidarität möglich ist, zu erreichen, was auf dem Wege der Betriebsaktion nicht zu erreichen war.

Hoch die Solidarität! Neben mit der Waffenfabrikation!
Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin.

Der Aufruf, dessen Beachtung für jeden revolutionären Arbeiter selbstverständliche Pflicht ist, zeigt nebenbei mit erschreckender Deutlichkeit, was die revolutionären Maulaufreißer, die Leute der „revolutionären“ Betriebsorganisation wert sind. Der größte Teil von ihnen ist offenbar nur durch die geringeren Beiträge der Betriebsorganisation zur „revolutionären“ Betätigung geneigt geworden!



Annektionspläne der polnischen Nationalisten

Den polnischen Nationalisten sind die militärischen Erfolge zu Kopf gestiegen. Sie wollen den vorläufigen militärischen Sieg auch diplomatisch voll ausnützen und verlangen eine Festlegung der Grenze, die weit über die sogenannte Curzonlinie hinausgeht. In Warschau ist es deshalb zu einem ersten Konflikt zwischen den nationalpolitischen Treibern und der Regierung Wisludski-Sapieha gekommen, die für Mäßigung und die Befolgung der englischen Ratschläge eintritt. Wäher ist der Konflikt hauptsächlich im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ausgebrochen worden, er zieht aber immer weitere Kreise. Bisher hat man im Ausschuss noch keine Grundlage für die Friedensverhandlungen finden können. Dadurch ist auch der Zusammentritt der Wiener Konferenz erneut verzögert worden. Wie aus Warschau berichtet wird, kann die Abreise der polnischen Delegation nach Riga frühestens am Sonntag erfolgen. Die Delegierten sollen nicht nur die Vollmacht zum Abschluß des Waffenstillstandes, sondern auch der Friedenspräliminarien und eventuell des Friedens selbst erhalten.

Wie der Wain aus London meldet, hat die russische Delegation die Antwort auf die letzte Note Balfours bekanntgegeben. Die Antwort sei sehr maßvoll gehalten und besage sich über die plötzliche Änderung in der Haltung der englischen Regierung. Es scheint, daß Balfour unter dem Eindruck stehe, in der militärischen Lage zwischen Rußland und Polen sei eine radikale Änderung eingetreten. Die Kräfte Rußlands seien aber dieselben wie vorher. Wenn also die englische Regierung vor drei Wochen anerkannt habe, daß Rußland als Sieger das Recht habe, seine Bedingungen zu stellen, so sei die Lage weiter unverändert.

Der belgische Ministerpräsident De Craey erklärte in einer Unterredung mit dem Brüsseler Berichterstatter der Times,

daß Belgien und Frankreich mit Bezug auf die russisch-polnische Frage derselben Ansicht seien. Beide Länder hielten dafür, daß man nach Frieden streben müsse. Von einer Anerkennung der Sowjetregierung könne jedoch keine Rede sein. Frankreich sei fest entschlossen, Polen zu veranlassen, sein Bestes zu tun, um zum Frieden zu kommen. Im Widerspruch damit steht eine — allerdings noch unbestätigte — Meldung aus Belgrad, nach der die französische diplomatische Vertretung an die jugoslawische Regierung das Verlangen gestellt habe, sofort 16 Bataillone jugoslawischer Infanterie und die entsprechende Artillerie zum Kampfe gegen die Russen zur Verfügung zu stellen. In Belgrad polnischen Kreisen soll über dieses Verlangen begrifflicherweise lebhaft Mißstimmung herrschen. Zum polnisch-italienischen Konflikt wird gemeldet, daß Litauen seinen Anspruch auf Suwalki fallen gelassen habe.

Ueber die Lage an der Front wird folgendes berichtet:

Königsberg i. Pr., 9. September. An der litauisch-polnischen Front fanden nördlich Suwalki unbedeutende britische Kampfhandlungen statt. Der polnische Vorstoß aus der Gegend von Białyсток führte zur Einnahme Krinko. An der Buglinie von Brest-Litowsk bis Grubeshow ist nach der Einnahme dieses Ortes durch die Polen die Lage unverändert. Südöstlich von Lemberg wurden bolschewistische Angriffe auf Pryemyslan abgewehrt. Weiter südlich überschritten die Polen in neuem Gegenstoß nach der Einnahme von Anshynce den Swirzfluh.

Konstantinopel, 9. September. General Wrangel erklärte einem Berichterstatter, die Forderungen in der Haltung der Alliierten und der polnische Sieg zwingen ihn, die Kräfte im Norden der Kreim zu konzentrieren, um nach Weizen, obwohl seine Truppen keine Niederlage erlitten hätten, Aktionsfreiheit zu haben. Aus diesem Grunde räume er gegenwärtig Kuban.

Rußland und Finnland.

Tu. Helsingfors, 9. September. Auf der Konferenz in Dorpat zeigen sich die Vertreter der Sowjetregierung angesichts des drohenden Abbruchs der Verhandlungen durch Finnland viel optimistischer. Die Russen sind in der Tat heute bereit, in diesen Punkten nachzugeben, während sie früher die Abtretung des Distrikts Toropin und der im finnischen Golf gelegenen Inseln verlangten.

Der englische Gewerkschaftskongress gegen militärische Rüstungen — für gerechte Verteilung der Kriegsklassen.

Amsterdam, 9. September. Einer Telegramm-Meldung aus London zufolge besaß sich der Gewerkschaftskongress in Portsmouth mit der Weigerung der britischen Regierung, die russischen Gewerkschaftsdelegierten nach England zuzulassen. Robert Williams brachte eine durch Ben Turner unterstützte Entschließung ein, in der gegen diese Weigerung der britischen Regierung Einspruch erhoben wird. Sie wurde mit allen Stimmen gegen die Stimme von Havelock Wilson angenommen.

Es wurde eine Anzahl weiterer Entschließungen vorgeschlagen, in denen unter anderem geordert wird, daß die Regierungsausgaben für militärische und maritime Unternehmungen vollständig gestrichen werden. Die Wiederherstellung des Friedens in der ganzen Welt sei die erste Notwendigkeit. Kriegsentwicklungen müßten bis zu einem angemessenen Betrage genau festgestellt werden. Die internationalen Schulden müßten durch den Völkerbund ausgeglichen werden unter Bedingungen, die vom Völkerbund festgelegt würden, um vor allem Länder mit den Mitteln zu versehen, die sie für ihre Produktion notwendig haben.

Erfolgreiche Verhandlungen zwischen englischen Bergarbeitern und der Regierung?

London, 9. September. (Reiter). Im Verlaufe der Konferenz zwischen der Regierung und den Vertretern der Bergleute wackerten sich diese, bezüglich der Herabsetzung der Kohlenpreise nachzugeben. In Bezug auf die Lohnfrage weigerten sich die Delegierten ebenfalls, ein industrielles Gericht anzuerkennen oder sich mit den Unternehmern zu verständigen. Ein Bericht über die Konferenz wird heute abend veröffentlicht werden.

Von Nah und Fern.

Neues Erdbeben in Italien.

Rom, 9. September. In den vor einigen Tagen vom Meer her betroffenen Gebieten Italiens hat sich ein neues, bedeutend schwereres Erdbeben ereignet. Die Provinzen Lucia, Florenz und Siena, sowie Teile von Sthilien sind in Mitleidenhaft gezogen. Eine Reihe von Dörfern ist zerstört worden.

Paris, 9. September. Nach Meldungen aus Rom sind in der Provinz Florenz 200 Personen bei dem Erdbeben getötet und über 300 verletzt worden. In der Provinz Spezia spricht man von mehreren hundert Toten.

Jena, 9. September. Als Ursache des Erdbebens in Italien kommt nach einer Mitteilung der Zentralstelle für Erdbebenforschung in Jena eine weitere Erschütterung im Ostteil der Umrandung des Golfes von Genua in Frage, die eine gewaltige Einbruchzone der Erdrinde darstellt.

Schweres Explosionsunglück.

Wilhelmshaven, 8. September. Im alten Laboratoriumsgebäude des Artilleriedepots bei Marienfel entstand heute mittag gegen 1 Uhr beim Entschärfen von 15-Zentimeter-Granaten Feuer, das auf das neue Laboratoriumsgebäude übergriff. Dieses brannte vollständig nieder, während das Feuer im alten Gebäude unter beständigen Einzelexplosionen zu weiterem Fortschreiten am Abend noch fortbauerte. Von den im alten Gebäude beschäftigten fünfzig Arbeitern ist der größte Teil getötet.

Wilhelmshaven, 9. September. Bei den Aufräumarbeiten an der Unfallstätte zu Marienfel sind bisher 15 Tote festgestellt worden, darunter fünf Feuerwehrleute. Acht Verletzte wurden bisher geborgen. Als schwerer Verletzte sind 12 zu verzeichnen. Leichtverletzt wurde eine Person. Die Aufräumarbeiten sind noch nicht beendet. Es besteht die Möglichkeit, daß noch zwei oder drei weitere Leichen unter den Trümmern liegen. Die Gefahr einer Weiterverbreitung des Feuers ist jetzt beseitigt und die Arbeit dürfte morgen wieder aufgenommen werden.

Verunglückte Bergleute.

Breslau, 9. September. Die Schlesische Volkszeitung meldet aus Hindenburg: Auf der Konfordgrube gerieten, als im Untertage ein schlesischer Wagen ausrangiert werden sollte, mehrere Förderwagen ins Rollen, rissen mit größter Schnelligkeit herab und überrollten auf der Strecke mehrere Grubenarbeiter, von denen drei getötet und zwei schwer verletzt wurden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Georg Raft in Leipzig.

Verantwortlich für den Anfertiger:

Friedrich Wille, Vorwort-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Wittengelsch, Leipzig.

Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen, Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos

Kukirol 100000 fach bewährt

Preis M. 250. In Apotheken und Drogerien erhältlich

König Salomo Apotheke, Grimmaische Str. 17.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Ortsverein Leutzsch (U. S. P. D.)

Sonnabend, den 11. September 1920, abends 7/8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung im Alten Gasthof.

Tagesordnung:

1. Wie stellen wir uns zur 3. Internationale?

Referent: Redakteur Genosse Scholom (Halle).

2. Freie Ausprache. 3. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es den Parteigenossen und Parteigängerinnen zur Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

Konsum-Berein für L.-Dölitz u. Umg.

Eintragungsgenossenschaft mit beschränkter Haftung.

General-Versammlung

am Sonnabend, dem 18. September 1920, abends 7 Uhr, in Mockers Gasthof, Marktleberg.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht über das Geschäftsjahr 1919/20.
2. Genehmigung der Bilanz.
3. Entlastung des Vorstandes.
4. Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
5. Bericht über die Haftschulden geleistete Revision.
6. Begrenzung der Höhe der Spareinlagen auf 200000 Mk.
7. Zusammenschluss der Genossenschaften. Referent: Herr Sekretär Geffarth-Dresden.
8. Anträge der Mitglieder nach § 13 des Statuts.

Die Anträge sind fünf Tage vorher schriftlich beim Vorstand einzureichen. Der Vorstand. Georg Busch, Oscar Geibel.

Zum Eintritt berechtigt nur die Legitimationskarte, die von jedem Mitgliede vorgezeigt ist. Frauen können das Stimmrecht dem Manne nicht übertragen.

Achtung! Willst du Kaffee und Schokolade kaufen? Nicht zum Kakaohaus Norden laufen. Jeder Kauf ist dort ein Schlager. Darum besichtige das Lager! Eutritzscher Str. 6, Ecke Berliner Str. Schokolade, 100 Gramm 5 Mt., 1/2 Pfund Kaffee 4.75 Mt.

Umgepreßt werden Herren- und Damen-Hüte bei Richard Schulze, Pl. Marieburg, Str. Ede Kurlentstraße.

Uhren/Goldwaren
Optische Mittel in gut. Qual. b. mäh. Preisen. Trauliche in versch. Preislagen vorräthig. Samml. Reparaturen in solider Ausführung bei billiger Berechnung in eigener Werkstatt.
Edgar Mauth, Uhrmacher
Reichenhainer Straße 21. 1*

Gerade jetzt
kaufen Sie gut und sehr billig
Wachstuche und Reste
Markttaschen, Mappen,
Bettunterlagen, Linoleum,
Bohnerwads
und alle einschläg. Artikel.
Tapeten.
Preise f. jeden erschwinglich.
BERNH. NESTLER,
Eisenbahnstraße 99.
Ecke Elisabethstraße.

ff. Kognak-
Vorschnitt, 45 Prozent
Litor Mk. 40.—
empfehlen
L. O. Kaspar Nachf.
L.-Plagwitz
Zischoversche Straße 30. 1*

Kaufgejuch
Kaufe ich Art auth. Herren-
Hüte, u. Kn. Gard. Mil.-
Dolch, Hüte, Mäntel, Betten,
u. Schuhw. Karte a. Abh. gen.
Windmühlstr. 32, Sp. A. IV. r.

Militärkuch
Hüte, Mäntel, -Hosen,
-Hüte, -Schuhe u. Stiefel
f. Ab. Frommannstr. 12, 2b.*

Jawor
Tauchaer Straße 20
Ich kaufe Herren-Garderobe
Bettwäsche, neu u. alt, Mil.-
Sachen, Leibhauscheine,
Federbetten, Tischwäsche
alt und neu.

Winterpaletot Schw. gth.
Gr. 1.63 a.
laufen gesucht. Off. m. Preis
unter F. S. 100, Dieselstr. 6.
Kaufe alle Militär-Sachen,
Militär-Schuhe und Stiefel
Hole Sachen ab. K l i n t.
Kantische Gasse 6, part. 1*

**Guterhaltene Herren-
Garderobe**
Militär-Sachen, Schuhe,
Leibhauscheine, Wäsche
kauft Frische, u. Neub.
Frommannstr. 12, 2b.*

**Herren-Garderobe, Militär-
Sachen, Schuhwerk, Wäsche,
Leibhauscheine ffr. K l i n t.**
Kantische Gasse 6, part. 1*

Drillisch-Anzug, Reitboje,
1 B. Langhölzer 2777 o. 28/6
sucht Weile, Gemeindestr. 21

Eilt zur Frau Wittelles
Vorkingstr. 12, prt.
kaufe alle Arten Wäsche neu
und gebraucht, Herren- und
Damen-garderobe, Leibhaus-
scheine, Gold- und Silberl. 1*

Wäsche aller Art
neu u. gebucht.
Partiewaren, Gardinen ffr.
K l i n t. Kantische Gasse 6, part. 1*

Bettwäsche, weiß und bunt,
Leibwäsche, neu abgebraucht
u. ff. gesucht. Arndstr. 71, 1. r.

Gr. Anziehtisch, abtr. Eiche
m. Stühlen u. Büffeltisch, kauf.
Thieme, Stb. Lange Reihe 34

Nähm. Bayerische St. 42, 11. 1*
Kaufe heutz und hole ab:
Alte Fahrräder auch
del.
sowie alle Fahrradteile
Gr. Fielesergasse 22, 2bden.

Fahrräder o. Gu., a. del., ffr.
Kd. Weidmannstr. 2, Hof pl.*

Damen- u. Herrenrad kauft
Nürnberg, Str. 7, 1. r. T. 10932*

Pistolen 08
Mauser
Brownings
usw. kauft
Albert Hoppe
Waffenhdg., Plagwitz
Zschochersche Str. 33
Telephon 40 902 1*

5 Kanarienvögel, u. 2 Hähne,
jung u. l. gel. Off. m. Pr. unt.
O. 135 ffr. So., Elisabethstr. 19

Kaufe Hand. id. Pfl.
Kan.-Söhne u. Wbb.
Postl. gen. Hole i. ab
Max Kraft Nachf.
Poststraße 15

Sämtliche Sorten Felle
kauft o. Sändlern u. Privaten
Friedrich Schade, Leipzig
Felle engros
Gerberstraße 9, Hof
neben Hotel Sonne 1*

Kanin- und Hasen-Felle f.
Pind. Gemeindeamtstraße 9.

Lichtspielhaus

Eisenbahnstr. 74 Eisenbahnstr. 74

Vom 10. bis 13. September
Der erste grosse Monumental-Prunkfilm

Schiffe und Menschen

6 Akte 6 Akte

Der vielgelesene
Abentour-
Roman von Carl Pigdor, dem bekannt. Autor von
„Herrin der Welt“

Ort der Handlung: Nippono, die Königin der
Halenstädte. Der Ausstieg der 1000 Kulis
auf dem Transportdampfer. Hierzu ein
ausgewähltes Programm. Verstärkt.
Orchester. Kapellmeister G. Brendel.

Täglich Anfang 5 1/2 Uhr
Sonntags 4 1/2 Uhr.
Nur zolliges Kommen
sichert gute Plätze.

Fern Andra

als

Genuine

in

Tragödie eines seltsamen Hauses

Ein ungemein fesselndes und äusserst spannendes Drama
der **Decca-Bioscop A.-G.** als ihr **erster**
Kunstfilm der

Fern Andra-Serie 1920/21

Fern Andra

in ihrer blendendsten Glanzrolle

8 Akte :: 8 Akte

Persönliche

Anwesenheit Fern Andra's

am Freitag

10. September

in

Königs-Pavillon

Promenadenstraße 8 (Thomasring) — Fernruf 19271
Nachmittags 6 und abends 9 Uhr
und in den

Kasino-Lichtspiele

Neumarkt (Dresdner Hof) Fernruf 19 950
Nachmittags 5 und abends 8 Uhr
Anfang des Dramas in beiden Lichtspielhäusern
4, 6 1/2, 8 1/2 Uhr
Kassenöffnung 1 Stunde vor Beginn der ersten Vorstellung

Welt-Theater

Barfußgasse
(am Markt)
Fernruf Nr. 4070

Spielplan vom 10. bis 16. September:
„Doppelprogramm“

Erich Kaiser-Titz

in: „Aus Liebe gesündigt“ — Tragödie in 5 Akten

Waldemar Psylander

in: „Wenn Menschen lieben lernen“ Drama in 3 Akten

Wochentags 4 Uhr — Anfang — Sonntags 3 1/2 Uhr

Kammer-Lichtspiele

Windmühlenstrasse 7 :: Am Königsplatz

Heute Freitag:

Der erste grosse italienische Prunk- und Sensations-Film

Mirval

Der Löwenpeiniger

Aus dem Inhalt:
Die Verschwörung im Schlangenklub. — Das
tragische Hochzeitsfest. — Der Bombenanschlag
auf die Eisenbahnbrücke. — Von Bestien bedroht.

Aufregende Kämpfe mit den Raubtieren

Der Todessturz auf der Drahtseilbahn. — Die
Verfolgung über Berg und Tal. — Die Schrecken
der Dschungeln

8

Akte

Der Lebendig-Tote

Ein Abenteuer des berühmten
Joe Deeks
Max Landa

8

Akte

Die Programme der **KL** sind nicht zu übertreffen!

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 10. September.

Der Straßenbahnerstreik.

In einem Flugblatt an die Bevölkerung Leipzigs bitten die Straßenbahner um Unterstützung in ihrem Kampfe. Am Donnerstag haben die Straßenbahner in einer Versammlung Stellung genommen zu den Verhandlungen im Stadtverordnetenkollegium, wobei besonders das Verhalten des Rechtssozialisten Postlender scharf geachtet wurde.

Der Schlichtungsausschuss tritt nach den Angaben des Bürgermeisters Koch in der Stadtverordnetenversammlung am Sonnabend zusammen. Da die Straßenbahner erst zu dem Schlichtungsprozess Stellung nehmen müssen, kann selbst im günstigsten Falle, wenn der Schlichtungsprozess von beiden Parteien angenommen wird, am Sonntag der Straßenbahnverkehr wieder aufgenommen werden.

Warum wird der Schlichtungsausschuss erst für Sonnabend berufen? Braucht man zum Zusammenritt in einer solchen Situation neuen Tage? Offenbar liegt in der späten Berufung des Schlichtungsausschusses Absicht, die Beilegung des Streiks zu verzögern, die Straßenbahner sollen müde gemacht werden. Diese Absicht verfolgt der Rat, sonst ist die späte Berufung des Schlichtungsausschusses überhaupt unerklärlich. Leider haben die Stadtverordneten in ihrer arbeitseindlichen Mehrheit den Rat in seiner Haltung unterstützt.

Ueber den Streik hat der Rat den Stadtverordneten eine Drucksache zugehen lassen, in der er über den Tarif der Straßenbahn schreibt:

Auf unsere Vorlage vom 21. Februar d. J. wurde durch Stadtverordneten-Beschluß vom 27. Februar der sogenannte 40-Pfg.-Tarif eingeführt. Dieser war aber schon zu einem erheblichen Teil ein 50-Pfg.-Tarif, da für die Umleitfahrten bereits 50 Pfg. erhoben wurden, ferner kosteten alle Fahrten an Sonn- und Feiertagen 10 Pfg. mehr, so daß dann für die einfache Fahrt 50 Pfg., für die Umleitfahrt sogar 60 Pfg. bezahlt werden mußten.

Dieser Tarif hat gegolten vom 28. Februar bis 3. Mai 1920. Er mußte aufgehoben werden, weil er nicht ausreichte, um den voraussichtlichen Fehlbetrag des Jahres 1920/21 in Höhe von 12,25 Millionen und ferner die neuen Lohnzulagen an die Straßenbahner in Höhe von 12,5 Millionen zu decken. Dazu trat noch der Fehlbetrag aus 1919/20, der damals auf 3,25 Millionen geschätzt wurde, der aber hauptsächlich infolge von nachträglichen Bewilligungen an die Straßenbahner rund 7 Millionen betragen hat.

Bei Prüfung der Frage, wie die 16 1/2 Millionen Mark Fehlbetrag und die 13 1/2 Millionen neue Lohnzulagen ausgebracht werden müßten, ist Ende April 1920 von den derzeitigen Verkehrsverhältnissen ausgegangen. Diese waren verhältnismäßig hohe, weil die außerordentlich stark besuchte Frühjahrsmustermesse, ferner der Beginn der Technischen Messe und die Kleinmesse in jenen der Berechnung zugrunde gelegten Zeitraum hineinfielen. Die Inanspruchnahme wurde bei der Berechnung ausgeschloßen. Auf dieser Grundlage konnte man für das Jahr 1920/21 rechnen, und zwar 12 1/2 Millionen an den 304 Werktagen und 20 Millionen an den 61 Sonn- und Feiertagen. Berücksichtigt man, daß in dem verkehrsreichen Jahre 1913 mit seinen großen Feiern, seinen Ausstellungen und Kongressen nicht ganz 136 Millionen zahlender Fahrgäste befördert sind, so ergibt sich, daß die den Berechnungen zugrunde gelegte Zahl von 14 1/2 Millionen zahlender Fahrgäste eher zu hoch als zu niedrig war. Wir haben deshalb auch bei unseren Berechnungen mit einer Abwanderung von 15 Prozent gerechnet. Aber auch ohne Abwanderung hätte bei einer derzeitigen Zahl zur Einbringung der fehlenden 30 Millionen Mark jeder Fahrgast mehr als 20 Pfg. mehr zahlen müssen, d. h. wir hätten auch bei gleichbleibender Zahl von Fahrgästen werktäglich den 60- und 70-Pfg.-Tarif und sonntäglich den 70- und 80-Pfg.-Tarif einführen müssen.

Das wäre geworden, wenn damals nach dem Wunsch der Freunde des 50-Pfg.-Tarifs dieser durchgeführt wäre? Da er schon für Umleitfahrtscheine bestand, desgleichen für alle Fahrten an Sonn- und Feiertagen (hier wurden für Umleitfahrten schon 60 Pfg. bezahlt), so genügte zur Durchführung, daß an Werktagen auf die 40 Pfg. noch 10 Pfg. geschlagen wurden. Damals waren 30 Prozent aller Fahrten Umleitfahrten. Von den 70 Prozent einfacher Fahrten entfielen werktäglich 170 000 auf 40-Pfg.-Fahrtscheine und 100 000 auf Knivstarten. Bei ersteren hätte für jede Fahrt die Erhöhung 10 Pfg., bei letzteren 9 Pfg. mehr gebracht, zusammen werktäglich 17 000 + 9000 = 26 000, bei 304 Werktagen also 7,9 Millionen Mark pro Jahr. Was war mit dieser Summe gegenüber einem laufenden Fehlbetrag von 26,75 Millionen Mark allein im Jahre 1920/21 anzufangen? In Wirklichkeit konnte aber noch nicht einmal mit einem Mehrertrag von 7,9 Millionen Mark gerechnet werden, weil es ohne Abwanderung nicht abgegangen wäre, einmal, weil eine solche bisher bei jeder Tarifserhöhung beobachtet ist, und zweitens, weil damals schon Anzeichen vorlagen für den wirtschaftlichen Rückgang, der inzwischen mit aller Wucht eingeleitet hat. In Leipzig waren kontrollierte Erwerbslose Ende Februar 1920 13 044, Ende April 13 797, Ende Juli 15 705. Seitdem ist die Zahl weiter gestiegen. Für Tausende fallen außerdem die regelmäßigen Fahrten zu und von der Arbeitsstätte deshalb weg, weil die Arbeitszeit wesentlich verkürzt ist, so daß sie einerseits Zeit zum Gehen haben, andererseits auch bedacht sein müssen, die Fahrtkosten zu sparen. Auch die immer mehr eingeführte durchgehende Arbeitszeit hat die Inanspruchnahme der Straßenbahn gemindert. Bei dieser Sachlage würde die Einführung des 50-Pfg.-Tarifs den ohnehin schon sehr erheblichen Fehlbetrag um viele Millionen erhöhen und damit auch die ohnehin schon ungeheuerliche Steuerlast. Man kann es wohl verantworten, einen Fehlbetrag von wenigen Millionen auf das kommende Jahr zu übertragen, aber nicht solche von 20 und mehr Millionen bei einem Unternehmen, das die Stadtgemeinde für noch nicht 20 Millionen Mark gekauft hat."

Berichtigung zum Bericht der Generalversammlung des Kreisvereins Groß-Leipzig.

Die Objektivität des Berichterstatters in der Dienstag-Versammlung zwingt mich erneut, den Bericht einer Korrektur zu unterziehen. Ich habe nicht „verleugert“, die Behauptung Liebmanns vom Sonntag über die Durchbrechung des Achtstundentags und das Verbot der Munitionsherstellung zurückzuweisen, sondern ich habe nachgewiesen, daß die Behauptung Liebmanns, durch Genossen Schäfer und meine Schuld sei den Unternehmern im Bergbau die Verlängerung des Achtstundentags durch Überstunden gestattet und noch monatlang sei entgegen dem Beschluß des A. und S.-Rates Munition hergestellt worden, nicht den Tatsachen entspricht. Der Achtstundentag war in Leipzig bereits Mitte November durchgeführt, ohne daß irgendwelche Durchbrechung von uns gestattet wurde. Mit den Unternehmern im Bergbau ist nur über die Einstellung von Leipziger Arbeitslosen und deren Bezahlung nach den vereinbarten Sätzen in Gegenwart des Wirtschaftsministers Schwarz verhandelt worden. Im Gegensatz zu Leipzig, trat für ganz Sachsen nach einer Verordnung des Wirtschaftsministers Schwarz der Achtstundentag am 1. Dezember obligatorisch in Kraft, im übrigen Deutschland sogar erst vom 1. Januar 1919 ab. Dem Beschluß des A. und S.-Rates ist von uns also voll und ganz Rechnung getragen worden.

Die Munitionsherstellung konnte nicht Hals über Kopf eingestellt werden, ohne große Massen von Arbeitern beschäftigungslos auf die Straße zu setzen. Durch Verhandlung mit den Unternehmern und Regierungsvertretern für Sachsen sowie Vertretern des Wundts gelang es, ab 30. 11. die gesamte Herstellung für Kriegsbedarf in Sachsen zu unterbinden. Dies geschah entgegen der Auffassung des Wundts und des Staatssekretärs Göhre im Kriegsministerium zu Berlin, die im übrigen Deutschland noch im Januar 1919 die Munitionsherstellung als Notstandsarbeit den Unternehmern und Arbeitern gestatteten.

Die Darstellung Liebmanns vom Sonntag ist eine Geschichtsfälschung und gerade das Gegenteil von dem, was der Wirklichkeit entspricht. Daran ändert auch nichts die Bemerkung Liebmanns, daß er mir diese Dinge bereits vor 1 1/2 Jahren in einer Funktionärsitzung im Zoologischen Garten vorgelesen habe. Das geschah damals im Schlüsselwort, nachdem niemand mehr zu Worte kam und es war auch damals genau so wie heute immer zu gut rätig, wenn man die Gewerkschaftsleiter als Vertreter hinstellte. Mir war damals, als ich Leubner im Schlüsselwort sprach und auch später im Drange der Revolutionärarbeit keinerlei Möglichkeit gegeben, zu der Behauptung Liebmanns mich zu äußern. Heute, wo die Geschichte gefälscht wird, um mir die Ehre abzuschneiden, habe ich mich in der Versammlung am Dienstag dagegen verwahrt, in der Erwartung, daß der Berichterstatter sozialinstandsgefühl besäße, auch die an Hand von Unterlagen vorgenommene Richtigstellung des Angegriffenen und seine Ausführungen zu diesem Punkte sinngemäß in dem Bericht zu bringen. Leider hat es nicht soweit gereicht.

Dieser Berichtigung stelle ich folgende Tatsachen gegenüber: Schäfer und Lieberach berichteten in einer Sitzung des Hauptauschusses vom A. und S.-Rat in Leipzig über die in Lieberachs Berichtigung erwähnten Verhandlungen mit dem Wirtschaftsminister Schwarz. Dabei berichteten sie auch, daß im Bergbau in Borna, dem Bestze der 19. Armeebrigade, das dem A. und S.-Rat von Leipzig unterstellt, nicht nur die Überstunden erlaubt worden waren, sondern daß es auch möglich sei, die Schußbäume für Arbeiterinnen und Jugendlichen im Bergbau nicht in Geltung zu setzen, da die Arbeiterinnen sich selbst gegen diese Schußbestimmungen wenden, weil sie wirtschaftlich geschädigt würden. Die Vertreter des Leipziger A. und S.-Rates hatten sich damit einverstanden erklärt. Dagegen erhob ich in jener Sitzung des A. und S.-Rates heftigen Protest. Ich erklärte, unsere Vertreter hätten jagen müssen, der große A. und S.-Rat von Leipzig hat über die Arbeitsverhältnisse im Bereich des 19. A.-R. zu bestimmen und er hat beschlossen, daß der Achtstundentag unter allen Umständen eingehalten werden muß.

Einige Tage nach dieser Sitzung fand eine Konferenz der A. und S.-Räte des 19. A.-R. statt, in der diese Sache zur Sprache kam. In der Konferenz vertrat ich die gleiche Ansicht, wie in der Sitzung des A. und S.-Rates. Ich beantragte dann folgende Entschlieung:

„Die Konferenz erklärt sich dagegen, daß für die Bergarbeiter der Achtstundentag nicht gelten soll. Im besonderen verlangt die Konferenz die Durchführung der Schußbestimmungen für Arbeiterinnen und Jugendliche im Bergbau als geeignetes Mittel, die Kostenproduktion zu fördern, bezeichnet die Konferenz die Bezahlung von ausreichenden Bergarbeiterlöhnen.“

Gegen eine Stimme wurde diese Entschlieung angenommen.

Zu der Behauptung, daß ich eine Geschichtsfälschung vornehme, bemerke ich folgendes:

Es ist nicht richtig, daß ich die Gewerkschaftsleiter als Vertreter hingestellt habe, soweit sie, wie Lieberach mit mir gegen die Opposition, gegen die Instanzpolitik kämpften.

In der Versammlung im Zoologischen Garten behandelte ich in meinem Referat vor den Leipziger Gewerkschaftsfunktionären insbesondere die Gründung der Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmerverbänden und Generalkommission. Ich sagte dort, in der Zeit der Revolution, wo alle Macht tatsächlich bei den A. und S.-Räten liegt (wie es damals noch der Fall war), dürfen sich Arbeitervertreter nicht mit Unternehmern zusammensetzen, um die Arbeitsverhältnisse zu vereinbaren, sondern die Vertreter der revolutionären Arbeiterkraft müssen von ihrer Macht Gebrauch machen und bestimmen, wie die Verhältnisse zu regeln sind. Dabei nannte ich ein Beispiel wie es nicht gemacht werden dürfe. Und nun kritisierte ich, daß Lieberach entgegen den Beschlüssen des A. und S.-Rates den Unternehmern die weitere Verfertigung von Munition gestattet hatte.

Lieberach hat in der Versammlung am Dienstag, dem 7. September 1920, zugegeben, daß er 1918 mit den Unternehmern vereinbarte, die Munitionserzeugung solle nicht sofort eingestellt werden, sondern noch 14 Tage, vom 18. November bis 30. November, erlaubt sein. (Die Versammlung im Zoo war Mitte November 1918.) Tatsächlich ist auch über den 30. November 1918 hinaus in Leipzig Munition erzeugt worden. Lieberach sagt ja in seiner Berichtigung selbst: „Die Munitionserzeugung konnte nicht Hals über Kopf eingestellt werden, ohne große Massen von Arbeitern beschäftigungslos auf die Straße zu setzen.“ Der Vertreter der höchsten revolutionären Instanz in Leipzig gestattete also die Munitionserzeugung, d. h. die maßlose Verwöhnung von Eisen und Kohle (während die Arbeiter in ihren Wohnungen frieren mußten), um nicht große Massen von Arbeitern beschäftigungslos werden zu lassen. Das nenne ich eine hilflose Entschuldigun.

Ich kritisierte im Zoo dies Verhalten Lieberachs als Folge der Auffassung, daß man sich mit den Unternehmern zusammensetzt, um mit ihnen zu vereinbaren, wo man tatsächlich die Macht hatte, bestimmt vorzuschreiben, was geschehen soll.

Damals lag für die Arbeitsgemeinschaft, bei der die Interessen des revolutionären Proletariats verfehlt werden, überhaupt kein Grund vor, denn in Leipzig gehörte zu jener Zeit tatsächlich alle Macht dem A. und S.-Rat. Lieberach aber verteidigt sich im Sinne der Arbeitsgemeinschaft, trotzdem er in Worten als Gegner der Arbeitsgemeinschaft auftritt. Lieberach ist ja übrigens auch noch jetzt Mitglied des Eisenrates, der in Düsseldorf getagt hat. Der Eisenrat ist eine Unterabteilung der Arbeitsgemeinschaft.

Mit diesen Feststellungen eribrigt sich jedes weitere Wort auf Lieberachs Bemerkungen über mein „Anstandsgefühl“ und über meinen Versuch, Lieberach, die Ehre abzuschneiden.“

S. Liebmann.

Zur Aufklärung.

Die Auswirkung der Berichterstattung über die am Sonntag festgestellte Generalversammlung zwingt mich, an derselben Stelle, an der die völlig unzutreffende Wiedergabe meiner Ausführungen geschehen ist, eine Richtigstellung zu machen. Im einzelnen die aus dem Zusammenhang herausgerissenen und dadurch sinnlos entstellten Sätze auf ihren tatsächlichen Inhalt zu erläutern, will ich unterlassen. Unbedingt bedarf es aber einer Aufklärung des folgenden Satzes: „Parteilosigkeit bin ich sozialistisch organisiert, innerlich bin ich kommunist.“ Diesen Satz habe ich im folgenden Zusammenhang ausgeführt: „Der Anschluß an die kommunistische Internationale kann mir schon deswegen nicht schwer fallen, weil ich mich, genau wie unsere Partei, zum kommunistischen Manifest bekenne. Und wenn ich parteipolitisch sozialistisch organisiert bin, so bin ich innerlich kommunist. Genau so wie früher viele Kommunisten in den sozialistischen Parteien organisiert waren, ist es auch heute noch, ohne das man deswegen die Betroffenen der Inkonsequenz bezichtigen kann. Noch viel weniger aber trifft jene Schlussfolgerung zu, die von vielen Genossen aus diesem unsinnig verstellten Satz gezogen wird, daß ich mit der bewußten Absicht in der U. S. P. organisiert bin, um dieselbe auf diese Art leichter zu machen zu können. Ich stelle fest, daß ich der U. S. P. schon seit Juli 1917 angehöre, zu einer Zeit, als ich noch im Militärverhältnis stand. Ich habe damals in selbe für unsere Partei und auch für die U. S. P. Anhänger gearbeitet. Das dürfte genügen, um die Unsinnigkeit des Vorwurfes der Unehrlichkeit und Zweideutigkeit zu beweisen.“

Im Interesse eines sachlichen Meinungsaustausches, zum Nutzen der Aufklärung über die schicksalsschwere Entscheidung, ob wir, die U. S. P. uns der 3. Internationale anschließen wollen oder nicht, ist es geboten, daß die U. S. P. bei aller Gegnerschaft zu den aufgestellten Anschlußbedingungen ihren Gegnern in jeder Hinsicht Sachlichkeit angedeihen läßt. Bisher konnte man leider nur das Gegenteil konstatieren und der beste Beweis hierfür sind die tendenziöse Wiedergabe der Ausführungen von den Anhängern der 3. Internationale aus der Sonntagsgesamtlung.

Bruno Heise.

Ich habe schon bei der Berichtigung des Genossen Lieberach darauf hingewiesen, daß für den Versammlungsbericht nicht die Redaktion der U. S. P., sondern der gewählte Schriftführer des Kreisvereins verantwortlich ist. Gleichwohl habe ich auch schon erklärt, daß an den Mängeln in der Wiedergabe der Debatterende die persönliche Erkrankung des Berichterstatters die Schuld trägt. Es ist deshalb nicht recht verständlich, warum Genosse Heise seine sachliche Richtigstellung mit einem Angriff auf die Redaktion verknüpft, die dem Berammlungsbericht völlig fern steht. Genosse Heise mußte seine Angriffe gegen die richtige Stelle, gegen den Schriftführer richten, und da waren sie auch noch falsch, weil der Schriftführer unschuldig ist.

S. Liebmann, Schriftführer.

Nach eine Berichtigung. In dem Bericht von der außerordentlichen Generalversammlung des Kreisvereins in der Volkszeitung vom heutigen Tage heißt es:

„Zu dem Berammlungsbericht von der Sonntagsgesamtlung überreichte der Genosse Nagel dem Bureau folgende Erklärung.“

„Ich halte es notwendig, zu betonen, daß ich diese Erklärung der Generalversammlung vor Eintritt in die Tagesordnung selbst mitgeteilt habe und auch von den Delegierten ohne Widerspruch entgegengenommen wurde. Mit Parteigruß Arthur Nagel.“

Diese Berichtigung zeigt nach meiner Ansicht von einem geradezu kleintlichen Berichtigungseifer, denn wenn ich über jede Einzelheit aus der Versammlung hätte berichten sollen, dann hätte ich der Partei damit einen schlechten Dienst erwiesen.

Der Schriftführer.

Der Dreihunddreißiggle.

Wir hatten gestern nur 32 Namen der Stadtverordneten aufgeführt, die am Mittwoch in der Stadtverordnetenversammlung dafür gestimmt haben, daß die Straßenbahner die Arbeit bedingungslos aufnehmen sollen, indem sie gegen den Antrag Liebmann stimmten. Der Antrag wurde aber mit 33 Stimmen abgelehnt. Der Dreihunddreißiggle ist der Rechtssozialist Hagen, der offenbar in einer Anwandlung von Scham sein „Nein“ so schwach hervorbrachte, daß es im Saale überhaupt nicht gehört wurde.

Sozialistische Proletarierjugend. Die Kreisleitungsitzung fällt heute Abend aus.

Ausseher und Arbeitslosen-Unterstützung. Der Arbeitslosenrat schreibt uns: Ab Montag, den 28. September d. J., müssen sich alle Ausseher, sobald sie keine Kurzarbeiter-Unterstützung beziehen, der regelmäßigen Kontrolle des Arbeitsnachweises unterziehen. Vom Beginn der zweiten Aussechwache an müssen diese Ausseher den Arbeitsnachweis besuchen und ihre Meldeliste regelmäßig abstempeln lassen. Vom gleichen Zeitpunkt ab wird die Erwerbslosen-Unterstützung (Beginn der zweiten Aussechwache) wieder durch das Arbeitsamt II ausgezahlt, nicht mehr durch den Unternehmer.

Abend-Schneiderkurse für Kriegserwitlen. Um den Kriegserwitlen Gelegenheit zu geben, ihre und ihrer Kinder Kleidungsstücke selbst anzufertigen, veranstaltet der Verein Helmbauart für die Stadt Leipzig auch in diesem Winter Abend-Schneiderkurse für Kriegserwitlen. Die Beteiligung ist kostenlos. Anmeldungen werden Freitag und Sonnabend, den 10. und 11. September 1920, von 8 bis 1 Uhr vormittags, Nonnenmühlgasse 8, Erdgeschoss links, Zimmer 3, entgegengenommen.

Begabtenklasse für Kontor. An der Städtischen Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen soll im Winterhalbjahr wiederum eine Begabtenklasse für Kontor eingerichtet werden. Die Stundenzahl beträgt 24. Der Unterricht ist unentgeltlich. Junge Mädchen, die zu Ostern 1920 aus der ersten Klasse einer Leipziger Volksschule mit der Jenusur I bis IIa entlassen worden sind, können sich bis 23. September bei der Schulleitung, Hohe Straße 45, melden.

Ueber die Ausstellung „Garten und Kind“, schreibt man uns: Die Vorarbeiten zur Ausstellung sind abgeschlossen. Die wissenschaftliche Abteilung, in der auch verschiedene andere Landesverbände ausstellen, dürfte in solchem Ausmaße wohl noch nie auf einer Schrebergarten-Ausstellung vorhanden gewesen sein. In der industriellen Abteilung stellen 23 der angelegentlichsten fleißigen und auswärtigen Firmen aus. An jedem Tage spielen 800 bis 900 Kinder der Schrebervereine auf den beiden großen Plätzen. Durch Vorträge, teilweise mit Lichtbildern, Konzerte, Tombola, Gesang und Lautenspiel ist für Abwechslung gesorgt. Die ausführliche Festordnung enthält die Festchrift.

Zirkus Savranani ist nur noch wenige Tage in Leipzig. „Ma-jappa“ wird auch am Sonntagnachmittag ungeführt aufgeführt.

Knochen- und Kleinfleischverkauf. Freibank I Nr. 401-1200, Freibank II kein Verkauf. Schönberg, Feldstraße, von 8 Uhr ab Verkauf von Knochenfleisch.

Polizeinrichten.

Festnahme eines lange suchten Verbrechers! Jener Betrüger, der in zahlreichen Fällen unerfahrene Personen, meist Kinder, um Ketteleged, das sie mit Sandwagen nach der Bahn zu schaffen oder von dort wegnehmen hatten, beschwänkelte, auch in mehreren Fällen als Kriminalbeamter aufgetreten ist, ist jetzt der Kriminalpolizei in die Hände gefallen, und zwar in der Person des am 19. März 1889 in Schöllaun geborenen Gelichtsantransportierers Alfred Klische, zuletzt in Göhlis wohnhaft gewesen. Er gibt selbst 17 oder 18

Stratzen der reichlichen Art zu, hiesiger hat er aber noch viel mehr solcher aus dem Kreis. Bei der Durchsicht seiner Wohnung fand die Kriminalpolizei noch ein ganzes Lager von Wäsche, Schuhen und anderen Gegenständen, die aus jenen Stratzen stammten. Diese Sachen konnten zum größten Teile den Eigentümern wieder ausgeliefert werden, bis auf eine Anzahl Taschentücher, gemeldet Nr. 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Unfälle. Am 8. September gegen 4 Uhr ist in der Tauchaer Straße ein radfahrender Schüler mit einem Lastkraftwagen zusammengefahren, wobei er außer einigen Gesichtswunden einen Armbruch davontrug. In der I. Sanitätswache wurde ihm ein Knochenträger angelegt. In der I. Sanitätswache wurde ihm ein Knochenträger angelegt. In der I. Sanitätswache wurde ihm ein Knochenträger angelegt.

Lebensmittelliste für Sonnabend, den 11. September.

Für Haushaltungen.
Anmeldung, Butter: Leichter Tag — abzugeben Marke G (80 Gramm Butter), Marke 18 für Kriegsgefangene (50 Gramm). Ausgabe, Fleisch: Erwachsene 200 Gramm Geflügelfleisch mit Knochen, Kinder 100 Gramm desgleichen. Süßholz: Leichter Tag — besteht mit Marke 4 B und K der Lebensmittelkarten Reihe Q (eine H-Parade).
Kost- und Kunststoffe für Erwerbslose: Ausgabe im Schauamt (Schlachthof) Nr. 1801—2400, vormittags 9 bis 1 Uhr.

Sächsische Angelegenheiten.

Verdorrene Fische für Erwerbslose.

Der Telefon-Sachdienst meldet: Am Mittwochvormittag kam es in Dresden in der Marktstraße und den benachbarten Straßen zu lebhaften Unruhen. Entstehungsurache war die Verteilung von verdorbenen Heringe an die Erwerbslosen. Diese luden die Tonnen mit den maderhaften Fischen auf einen Wagen und fuhren jostend durch die Prager Straße, schüttelten vor dem Bismarck-Denkmal und am Altmarkt die Tonnen aus und beschuldigten die Lebensmittelstelle, daß sie den Erwerbslosen gesundheitschädliche, verdorbene Ware anbiete. Die Unruhe ist in der Mittagsstunde noch groß.

Zusammenstoß zwischen Polizei und Erwerbslosen in Dresden.
Dresden, 10. September. Der Dresdener Vertreter der Telefon-Union berichtet über Straßenunruhen in Dresden als Augenzeuge folgendes: Erregte Auftritte am Mittwoch, verursacht durch die Verteilung verdorbener Heringe an Erwerbslose, waren nur der Auftakt zu größeren Unruhen. Die entstandene Spannung fand gestern ihre Entladung. Vor dem Arbeitsnachweis und bei Anstimmungen und Aufmärschen der erregten Erwerbslosen in den Straßen am Pöppelplatz ging plötzlich die Gendarmenriehe in einer unruhigen Weise vor, die die Erbitterung unter den Massen immer wieder aufs höchste aufstachelte. Die Polizeibeamten drangen nach der Aufforderung, auseinanderzugehen, sofort auf die in dichten Massen umherstehenden Gruppen mit blankem Säbel und Gummiknüppel ein und schlugen auf die Leute, ganz gleich, ob Männer oder Frauen, selbst auf harmlose Passanten los. Ich selbst bekam zwei Hebe mit einem Gummiknüppel über den Kopf, daß mir hören und sehen verging, ohne daß ich als Straßenpassant das geringste getan hätte. Das geradezu unzulässige Vorgehen der Beamten wurde von allen Seiten verurteilt. Die Erregung ist auf einem Siedepunkt angelangt, der zur Entscheidung drängt. Die Unruhen währten bis zum späten Abend. Die Vorgänge haben gezeigt, daß die Regierung, nachdem sie vorgefesselt in einem pompösen Aufmarsch energische Maßnahmen ankündigt, nicht der Lage gemessen ist. Abends beherrschte das Proletariat die Straßen und zog jugend durch die innere Altstadt, ohne daß ein Gendarm dies hinderte oder überhaupt zu sehen war. Die Situation ist nach wie vor ernst. Die Menge ist erlöst von den Vorgängen am Tage und weicht nicht von der Straße. Man muß mit weiteren Unruhen in den nächsten Tagen rechnen.

Das Vorgehen der Gendarmenriehe ist anscheinend die erste Frucht des gestrigen Aufmarsches der sächsischen Regierung. Die Gendarmen haben nun tatsächlich „von allen Gewaltmitteln Gebrauch“ gemacht und damit in Dresden eine Atmosphäre geschaffen, in der weitere explosive Ausbrüche des Unwillens nur zu leicht möglich sind, insbesondere, wenn man bedenkt, daß gewiß verbrecherische Elemente und reaktionäre Spitzel genug am Werke sein werden, die die Erregung geistlich zu steigern suchen, um mit Krawallen einen Vorwand für Einschreiten des Militärs und zur Niederschlagung der Arbeiterkraft zu schaffen. Es ist zu wünschen, daß die Arbeitlosen klaren Blick behalten und sich nicht zu Unbefonnenheiten hinreißen lassen.

Heftige Parteidebatten in Groß-Dresden.

Der Umstand, daß die Zerrissenheit in der Arbeiterschaft mit einer aufs höchste gespannten politischen Situation zusammenfällt, hat dazu geführt, daß die Auseinandersetzungen innerhalb der einzelnen politischen Gruppen des Proletariats selbst einen scharfen Charakter angenommen haben. Das wäre an sich kein Fehler. Eine rege Parteidiskussion wäre nur zu begrüßen. Sie ist notwendig, um die Verhältnisse und Anschauungen zu klären, vorhandene Gegensätze zu überbrücken und die politische Kampffront zu festigen und zu stärken. Das steht natürlich voraus, daß von allen Seiten versucht wird, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten sachlich auszutragen. Leider haben die Parteibisduktionen in der letzten Zeit vielfach einen Charakter angenommen, der sich mit diesen Voraussetzungen nicht deckt und die wichtigsten Funktionen der Debatten aufhebt. An die Stelle sachlicher Gründe sind vielfach persönliche Momente getreten, die die Parteibisduktionen vergiften und anstatt klärend und zusammenführend zu wirken anfangen zu wirken.

Zu äußerst heftigen und nicht gerade erhebenden Auseinandersetzungen ist es in den letzten Wochen in Dresden gekommen. Ende August trat eine außerordentliche Kreisdelegiertenversammlung für Großdresden zusammen, um nach einem Referat über die politische Lage zu den Landtagswahlen und den Kandidaten, sowie zum Landesparteitag Stellung zu nehmen. Genosse Edel ging in seinem Referat über die politische Lage auch auf die verschiedenen Richtungen in der Arbeiterbewegung ein und auf die Schwierigkeiten der Verständigung, die im Interesse des Sozialismus überwunden werden müssen.

Nach Eröffnung der Debatte trat Genosse Schubert für eine Verschmelzung mit der KPD ein, da die Vereinigung beider Parteien nach den Moskauer Verhandlungen selbstverständlich sei. Ein Antrag des Bezirks Dresden:

„Der Kreisvorstand der USP hat sofort mit allen revolutionären Parteien und Genossen (KPD, KAPD, Antisten, Syndikalist) in Verbindung zu treten zwecks Herbeiführung einer Einheitsfront im revolutionären Kampf.“
wurde von Körner-Striefen unterstützt, der sich besonders für die Vereinigung mit der KPD einsetzte, während Genosse Efferoth ausführte, daß eine Verschmelzung mit der KPD nicht in Frage kommen könne. Er stellte einen Antrag, der verlangt, daß die USP sich auf ein Zusammengehen mit der KPD beschränken solle.

Beide Anträge wurden angenommen. Genosse Menke hatte vorher noch eingewendet, daß die Dresdener KPD nur ein Häuflein von wenigen Mitgliedern sei. Bei ähnlichen Aktionen habe die USP ein Zusammengehen mit den linksstehenden Gruppen versucht, das jedoch jedesmal an der Desperadopolitik der linksstehenden Gruppen gescheitert sei. Außerdem könne Dresden in diesen Fragen nicht lokal vorgehen, sondern müsse die Anträge an die Landesversammlung richten. Daraufhin wurde beschlossen, den Antrag Efferoth an den Landesvorstand zu richten, den Antrag des Bezirks Dresden aber lokal zu erledigen.

Von dieser sachlich geführten Aussprache stand die weitere Debatte über die Landtagswahlen und die Kandidatenauswahl recht unangenehm ab. Genosse Schinnerling-Maunscher Grund beantragte:

„Der Parteisekretär hat sein Mandat als Landtags- und Stadtvorordneter niederzulegen und im Interesse der Partei seine Arbeitskraft ausschließlich seinem Posten zur Verfügung zu stellen.“
Zur Besoldungsfrage verlangte ein Antrag des Bezirks Neustadt, daß den Parteiangestellten nur ein Posten bezahlt werden dürfe, für weitere Posten nur „die nötigen Auslagen“ vergütet werden sollten; ein Antrag des Bezirks Altstadt, daß Genosse Menke die Mandatsgelder an die Parteikasse abzuführen habe. Schließlich beantragte der Bezirk Altstadt noch: „Parteibeamte und Redaktoren dürfen nicht als Kandidaten zum Landtag aufgestellt werden, weil die Partei- und Zeitungs-geschäfte leiden.“

Billwald-Striefen wendet sich gegen das „unerhöht hohe Einkommen“ des Genossen Menke, das er auf 28.000 Mk. berechne. Menke zeige „keinerlei Idealsmys“, aber einen großen Mangel an sozialistischem Empfinden.“

Genosse Menke bedauert, daß er sich in Dresden gegen derartige Anklagen verteidigen müsse. Er bestreitet die von Genossen Billwald errechnete Höhe seines Einkommens und schildert in längeren Ausführungen die Opfer, die er für die Partei gebracht hat. Er habe die ersten Mitgliedsbeiträge für unsere Partei geworben und schon vorher einen schweren Kampf im Gewerkschaftskampf ausgefochten. Man arbeite jetzt mit kleinlichen Mitteln und Gestank gegen ihn. Sogar die Parteipresse vom Freidenkerverband rechne man ihm vor für eine Tätigkeit, die zu Hause seine Tochter größtenteils erledige und für die jetzt ein Sekretär mit 15—18.000 Mk. Gehalt angestellt werden müsse. Als Landtagsabgeordneter und Stadtvorordneter sei er ja von den Genossen gewürdigt worden. Er hätte diese Posten gern schon niedergelegt, wenn er die Gewähr gehabt hätte, daß diese Arbeit zufriedenstellend ausgeführt worden wäre. Er habe versucht, Genossen zu seiner Unterstützung zu gewinnen, aber recht bittere Erfahrungen machen müssen. Schreihäse, die sich weigerten, auch die kleinste Versammlung zu übernehmen und, wenn sie doch einmal zugefugt hätten, sich kurz vorher noch krank meldeten, seien eben nicht zu solchen Posten geeignet. Er habe eine Menge Protestschreiben von den Gruppen, die sich über die Unerschämtheit beschwert hätten, ihnen solche Leute auf den Hals zu schicken. Bei Ausübung eines Mandates komme es darauf an, vor allem Kenntnisse zu haben. Weiter treibe er (Menke) sich andauernd in Versammlungen herum, und beanspruche je nach den örtlichen Verhältnissen nur einen Teil, manchmal sogar nur ein Viertel des festgesetzten Gehalts. Das würde aber nicht gerechtfertigt. Mit 200 Mk. habe er kein Parteilamt angetreten und noch bis vor kurzer Zeit ein geradezu schandmäßig niedriges Gehalt bezogen. Es steht fest, das qualifiziertere Arbeiter bedeutend mehr verdient hätten als er. Gegen ihn bestünde aber eine persönliche Hege. In bestimmten Konzentern habe man herant, wie man ihn und Kneipner bestimme. Er stelle fest, daß die Genossen Stern-Berlin und Kell bereits für die erste Redaktion bzw. die Sekretärstelle vorgezogen seien. Man suche nur noch nach dem Weg, der zu dem ersehnten Ziele führen solle.

Schließlich unterbrochen wendet sich dann Genosse Hahn gegen das Gebahren der sogenannten „Kadikalen“. — Genosse Rogel schließt sich dem an. Wenn in Zukunft „Arbeiter“ als Abgeordnete fungierten, können sie auch nicht ohne Diäten auskommen. Unter diesen Umständen sei eine Beteiligung am Parlament überhaupt in Frage gestellt. (Zwischenruf: Nichtbeteiligung wäre das geübteste.)

Genosse Billwald erklärt, daß er in kühner Verbindung mit der Berliner Betriebsrätezentrale stehe und von dort dauernd Material erhalten. Er und eine Anzahl Genossen seien zu der Überzeugung gekommen, daß hier in Dresden andere Männer an Stelle von Kneipner und Menke kommen müßten, die fest zum Räteystem ständen. Genosse Menke: Was ich gesagt habe, ist also wahr? Jawohl, das ist wahr!

Genosse Richter stellt unter großer Anruhe fest, daß sich die Delegierten des Altstädter und auch die des Neustädter Bezirks bereits dieser Tage zusammengesunden hätten, um sich für den heutigen Abend gegenseitig ein gebundenes Mandat zu geben! In diesen Stellungen habe man sogar schwarze Listen aller derer aufgestellt, die als Landtagskandidaten nicht in Frage kommen dürften. Außer sämtlichen Angestellten befänden sich auch nichtangestellte Genossen darunter, die in Parteifragen eine andere Stellung einnehmen, als Körner und seine Freunde. In dem Antrag des Bezirks, die Angestellten von den Ehrenämtern auszuscheiden, vermisse er noch den Satz: „Sämtlichen Angestellten ist es unterlagt, irgendwelche Referate zu übernehmen!“ Genosse Richter protestierte dagegen, Parteigenossen zweiter Klasse zu schaffen. Die Begründung dieser ungedachten Maßnahme habe seiner ersten Prüfung stand. Für die Redaktion sei es im Gegenteil eine große Erleichterung und die Zeitung könne nur gewinnen, wenn Redaktionsmitglieder dem Landtag usw. angehörten. Daß ein solcher Antrag überhaupt eingebracht würde, sei eine Blamage für die Partei.

Ein Antrag für Schluß der Debatte wurde angenommen. Die Abstimmung über den Antrag Schinnerling-Maunscher ergab dessen Annahme mit geringer Stimmenmehrheit. Die Abstimmung wurde von vielen Seiten angezweifelt und Abstimmung per Stimmzettel beantragt. Genosse Menke stellte fest, daß er nurmehr sein Amt der Parteigenossen zur Verfügung stelle und bat darum, falls er schon Stellung habe, bevor seine Kündigung schriftlich abläufe, noch vor 1. Januar weggehen zu dürfen. Mit dieser Frage soll sich der Vorstand beschäftigen.

Es folgen eine Anzahl persönlicher Bemerkungen. Genosse Edel erklärte, daß über den Antrag durch Schluß der Debatte nicht diskutiert werden konnte. Er stellt eine unerhöhte Ausnahme gegen diejenigen dar, die auf vorgeschobenem Posten ihre Pflicht zu tun haben. Sie werden zu Parteigenossen zweiter Klasse degradiert. Es würde ihnen das Recht genommen, zu neuem Ehrenamt zu kandidieren. Das verstoße in freier Weise gegen das Organisationsstatut der Partei! Der angenommene Antrag habe mit sachlichen und Richtungsfragen nichts zu tun. Das persönliche Moment komme nicht in Betracht. Gerade das, was vielleicht die Antragsteller wollten, werde durch solches Vorgehen unmöglich gemacht. Gezeichnete und Deffizierete dürfe es in der Partei nicht geben und er würde sich auch übrigens bedanken, unter den gegebenen Umständen eine Kandidatur anzunehmen.

Genosse Schubert erklärte sich mit Genossen Menke solidarisch. Auch Genosse Efferoth ließ sich von der Liste freier. Er handle aus solidarischer Verpflichtung gegenüber seinen engeren Kollegen, die von dem Antrag betroffen würden. Diese Entscheidung habe mit keiner parteipolitischen Stellung gar nichts zu tun. Weiter traten zurück die Genossen Emil Ebert, Quatfisch, Henkisch, Graf, Köhler, Hängeford, Schreier, Melchenbach.

Ein Geschäftsordnungsantrag, die Versammlung zu vertagen, wurde abgelehnt. Eine Anzahl Delegierter weigerte sich, in der vollständig neuen Situation zur Wahl zu schreiten. Die Genossen in den Gruppen müßten erst dazu Stellung nehmen können. Von anderer Seite wurde dem entgegengehalten, daß das nicht nötig sei. Durch den Rücktritt der „Bongen“ sei nun freie Bahn für die

wirklich revolutionären Arbeiter geschaffen. Es wäre viel besser, wenn die Abgeordneten direkt aus den Betrieben genommen würden. Die Führer brauche man nicht usw. Nach langem Hin und Her wurde schließlich mit geringer Mehrheit beschlossen, die Versammlung zu vertagen.

Die Anträge Bezirk Neustadt (Besoldung nur eines Postens), Altstadt (Abführung der Mandatsgelder Menkes an die Parteikasse), wie ein Antrag Leuben (zu Paragraph 13 des Statutes Groß-Dresden und Paragraph 6 des Bezirksstatutes: „1. Die Kreise bestimmen die Reihenfolge der in dem Kreise gewählten Kandidaten. 2. Die Bezirksversammlung — 4. bis 9. oder 1. bis 9. Kreis — bestimmt die Reihenfolge der Kreise bei Aufstellung der Kandidaten. 3. Die Bezirksversammlung hat zum Zweck der Aufstellung der Kandidatenlisten in der Regel erst dann zusammenzutreten, wenn alle Vorarbeiten in den Kreisen erledigt sind“) wurden angenommen. — Die Stimmzettelwahl über den Antrag Schinnerling-Maunscher ergab dessen Ablehnung. Die erste Abstimmung war ungültig. Es entspann sich nochmals eine hitzige Geschäftsordnungsdebatte mit vielen persönlichen Bemerkungen. Genosse Menke erklärte schlichtlich, daß er nach dieser Abstimmung im Interesse der Partei auf seinem Posten ausdauernd gewirkt sei, sofern der gegen das Parteilamt verstoßende Antrag in bezug auf die Parteiangestellten seine ordnungsgemäße Erledigung gefunden habe.

In einer zweiten Versammlung, die am vorigen Dienstag stattfand, legte der Kreisvorstand, der sich mit den Anträgen beschäftigt hatte, folgendes vor:

Die Bezirksmitgliederversammlung ersucht die Kreisversammlung, den Antrag der letzten Kreisversammlung, daß die Parteimitglieder ihre Diäten an die Parteikasse abzuführen haben, wieder aufzuheben.

Die Abgeordneten jedoch, welche neben ihren Diäten das volle Gehalt weiterbezogen und ihr Mandat am Wohnsitz ausüben, haben ein Drittel der Diäten und diejenigen, welche außerhalb ihres Wohnsitzes das Mandat ausüben, ein Fünftel der Diäten an die Parteikasse abzuführen.
Sollten bei der bevorstehenden Vorschlagswahl für den Landtag von den Redaktoren mehrere Genossen auf die Vorschlagsliste für die Bezirksversammlung kommen, dann kann nur derjenige auf die Vorschlagsliste gesetzt werden, der die meisten Stimmen bekommt. Der gleiche Grundsat soll auch Anwendung finden, wenn in einem anderen Parteikreis mehrere Genossen auf die Vorschlagsliste kommen sollten.

Um eine einheitliche Regelung im Sinne dieses Antrages herbeizuführen, soll ein gleicher Antrag auch dem Landesparteitag überwiesen werden. Die zum Landesparteitag zu wählenden Delegierten sollen die Verpflichtung haben, für diesen Antrag einzutreten.“

Nach sehr eingehender Debatte wurde der Antrag des Vorstandes mit großer Mehrheit angenommen.

Ein weiterer Antrag des oberen Maunscher Grundes, der sich mit der Tätigkeit des Genossen Menke im Parlament und in der Partei einverstanden erklärte, und ein Antrag der Funktionäre von Altstadt, wonach den Genossen Fleißner und Menke jegliches Vertrauen abgesprochen wird und der diese Genossen aufhorbert, ihre Ämter niederzulegen, wird den Gruppen zur Aussprache überwiesen. Gleichfalls der Antrag Bismarck-Vorstadt, der eine Reorganisation des Parteistatus fordert. Es wurde richtiggestellt, daß der Antrag Altstadt nicht vom Bezirk, sondern von den Funktionären der Gruppe Altstadt eingebracht ist.

In der weiteren Debatte nahm auch Genosse Fleißner das Wort, der mit der Bitte schloß, in Zukunft sachlicher zu arbeiten. Ein Wunsch, der hiesig im Interesse der Partei zu beherzigen ist.

Landtagskandidaten der USP im Bezirk Chemnitz.

In einer Bezirkskonferenz der USP in Chemnitz wurden folgende Kandidaten zur Landtagswahl nominiert: Sächs.-Chemnitz, Frigge-Chemnitz, Zettel-Tue, Kropf-Chemnitz, Ehrlich-Oberrohna, Höpner, Badstübner, Ehrlich-Beipzig, Türpe-Chemnitz, Hahn-Plauen, Wegelt-Martensbach und Heine.

Dresden, 9. September. General von Laffert ist gestern abend beim Ueberfahren der Straße von einem Radfahrer überfahren worden und so schwer zu Schaden gekommen, daß er bald nach seiner Entleerung in das Krankenhaus verfrachtet.

Gewerkschaftsbewegung.

Konflikt zwischen Beamenschaft und Reichsministerium des Innern.

Unter den fortschrittlich gesonnenen Beamten ist eine heftige Erregung entstanden, weil die Regierung in dem nun endlich herausgegebenen Gesetzentwurf über die Beamtentätigkeit den Beamten das Mitbestimmungsrecht verweigert hat. Die unbegriffliche Haltung des Staatssekretärs Lewald am 27. August gegen den Deutschen Beamtendbund, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und den Deutschen Gewerkschaftsbund haben den Beamten deutlich gezeigt, daß reaktionäre höhere Beamte trotz § 1, Absatz 2 des Betriebsrätegesetzes, der ausdrücklich Verhandlungen mit den Vertretern der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter vorschreibt, die mittlere und untere Beamenschaft in das alle Vorgesetztenverhältnis zurückverlegen möchten. Das wird sich die breite Masse der Beamten unter keinen Umständen gefallen lassen. In einer Vollversammlung haben die Groß-Berliner Postbeamtenauschüsse in einer Entschiedenheit scharfe Verwahrung gegen die Haltung des Staatssekretärs Lewald eingelegt und die Beamtensauschüsse im Reich aufgefordert, ebenfalls sofort Protest zu erheben und geschlossen sich hinter den Deutschen Beamtendbund zu stellen. Die Vollversammlung hat außerdem beschlossen, die gegen 200 zählenden Postbeamtenauschüsse von Groß-Berlin zu einer gemeinsamen Arbeitsweise in zehn Gruppen zusammenzuschließen. Der Zusammenhalt und die Gruppentätigkeit soll, um eine Zerspaltung der Kräfte zu verhüten, in enger Gemeinschaft mit den Berufsorganisationen erfolgen. Der Postbeamten-gewerkschaft selbst wächst damit ein Stamm von erfahrenen Mitarbeitern auf dem Gebiete des Beamtentätigkeitswesens heran.

Streik der Leipziger Fensterputzer.

Die Leipziger Fensterputzer stehen seit Mittwoch im Streik. Der Kampf scheint ein sehr hartnäckiger zu werden. Das Entgegenkommen der Unternehmer bei den letzten Verhandlungen war ein so geringes, daß den Arbeitern kein anderer Ausweg als der Streik blieb. Ganze 10 Mk. Lohnerhöhung hatte man zugestanden, und diese noch mit dem Vorbehalt, daß sie nur der fleißigen, tüchtigen Arbeiter erhalten soll. Unter der geringen Zahl der Fensterputzer will man auch noch Auslese halten. Die Putzer kämpfen um ihre nackte Existenz. Man sollte es bei dieser Sachlage kaum für möglich halten, daß es immer noch solche Ausfallgen gibt, die ihren Arbeitsbrüdern in den Rücken fallen. Solche Elemente sind der bei der Firma Henkel, Marktstraßenstraße 29, IV. sowie ein gewisser Max Grosse, Gohlis, Hallische Straße 46 wohnhaft. Die organisierte Arbeiterschaft tut gut, sich diese Leute zu merken.
Die Streikleitung.

Ausstreuung? Bei den Daimler-Werken soll, wie die T. U. aus Stuttgart meldet, die Hälfte der gesamten Belegschaft, die etwa 6000 Mann beträgt, ausgespart werden.

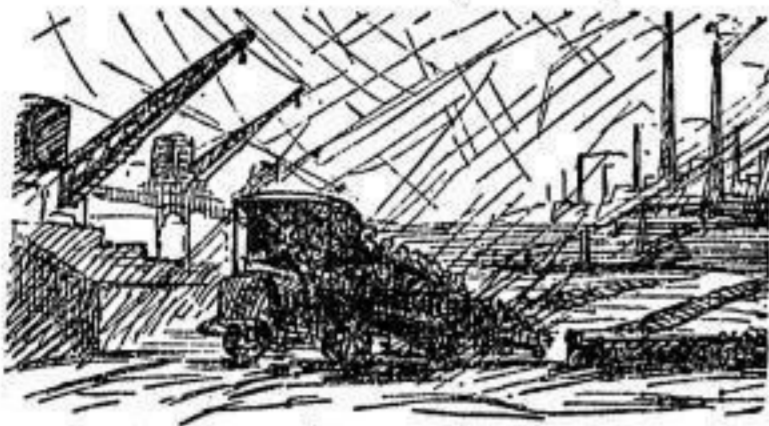
Internationale Handelsangelegenheiten-Konferenz.

Moskau, 8. September. (R. T. B.) Die Internationale Gewerkschaftszentrale hat, wie Arbeitserklärt, zum 5. Oktober eine Konferenz sämtlicher Organisations der Handelsangelegenheiten nach Amsterdam einberufen. Der Konferenz wird ein Antrag auf Einrichtung eines Internationalen Sekretariats der Handels- und Bureauangelegenheiten vorgelegt werden.

Züßlinger und seine Zucht.

Von Konrad Voelke.

Zeichnungen von Hans Albert Förster.



1.

Vom Februar des Jahres 1952, des fünfundzwanzigsten und letzten Jahres des oberdeutschen Heils, bis zum Mai des Jahres 1953 begab sich folgende, für die Oberdeutschen recht fatale Geschichte:

Der frühere Chemieprofessor, jetzt nach Ausmerzung der Fremdwörter der Geheimrätling der Stofflichtlehre Arnold Züßlinger schaute von dem hohen Schemel vor seinem Arbeitstische durch das Fenster in die Abenddämmerung. Regenstern fiel auf den weiten, vom dichten Schlenneß gefeierten Werthof, griesgrämiger Nebel mäktete sich mit Fabrikqualm, plötzlich aufleuchteten alle Lichter der Werkstätten, alle Mastlampen und Glühbirnen, lange Streifen der Kraftleitungen blinkten. Hinter einem endlosen Hallenzug redete sich ein Duzend der eben noch verschwommen schwarzen Riesenklote in grellem Licht, und das fahle Grau des Hintergrundes wurde auf einmal zur tiefen Nacht. Weit draußen, durch eine Öffnung zwischen den Gebäuden sichtbar, erglänzten mit einem Ruck die Tagebauanlagen der Braunkohlegruben, an deren Rändern unförmliche Bagger sich langsam drehten.

Mitten da durch lag der Keil der Geleise, und weiter nordöstlich: ein Wegzeiger nach der Reichshauptstadt Berlin.

Da schlug eine Uhr den Feierabend. Gleichzeitig erscholl vom Dach der höchsten Halle aus einem gigantischen Spielwerk ein Choral; ein mitten auf dem Hofe ragendes Kreuzig erglühte farbig von innen heraus, fabelhaft prunkvoll. Das inhaltsreiche Sausen der tausend Maschinen schwoll, aus geöffneten Türen kam ein dünnes Geriesel einfarbig gefeierter Menschen, das von allen Seiten nach der Hofmitte zusammenfloss.



Züßlinger grinste, wie er das seit 20 Jahren zu tun pflegte, seit dem glorreichen Tage, an dem Restdeutschland von Staats wegen einheitlich kapitalistisch geworden war. Dann sah er ängstlich hinter sich, wie er das gleichfalls täglich oft genug tat, aber es war kein Grund zur Unruhe.

Aus einem Nebenzimmer drang als leises Geseum dreier Weiberstimmen der Text des Chorales.

Der Geheimrätling grinste wie ein Teufel, er meckerte vor boshaftem Vergnügen, während er dem altgewohnten Schauspiel auf dem Hofe zusah. Die Menschenmenge bildete einen sternförmigen Pferd um das Kreuzfig, Männer und Frauen standen tiefnachig mit gebeugten, entblößten Köpfen und warteten schweigend, bis sie der für ihre Kolonne bestimmte Kraftwagen in die entlegenen Wohnkasernen abführte.

„Man sollte so was nicht für möglich erachten“, dachte Züßlinger. Dann schob er eine Reihe dünnwandiger Glaskästen in einen Wärmehaube, schrieb eine Anzahl Merkzettel, zog den Glasstößel aus einer Flasche siebzehnzehntigen Alkoholes und goß sich eilig einen Schluck hinter die Binde.

Da schob sich durch einen schmalen Türspalt Züßlingers Base Ida herein. „Arnold! Um Maria und Joseph! Tu's nicht! Du kommst noch in die Zehne“, flüsterte die dürre Jungfer, indem sie beschwörend die mageren Hände rang. Züßlinger setzte die Flasche schuldbeuht unter seine Keagenzien. Alkohol war nämlich nur den Oberdeutschen, den Angehörigen und direkten Nachkommen der judenrein echt deutschvölkischen, wahrhaften Vaterlandspartei erlaubt; Halblinge, zu denen Züßlinger gehörte, nämlich frühere Demokraten, und Angehörige der Masse, die sich aus den Restbeständen der ehemals linken Parteien zusammenfegte, waren bei Strafe lebenslänglicher Untertagsarbeit trodengefehrt worden.

Schon kamen auch Thella und Stephanie, die beiden andern Basen des Geheimrätlings, herbei.

„St!“ rief Thella ihrer Schwester Ida zu und schlug drei Kreuze. Beinahe hätte Stephanie ein Brett mit Tee und schwarzweiskroten Nährgebäckstücken fallen lassen.

Züßlinger grunzte unwillig, als ihm Thella einen Deckel von seinem blendend weißen, gestärkten und in peilichste Falten geplätteten Arbeitsstittel entfernte.

„Arnold, ach du lieber Gott; Oberdeutsch-Knobbe hat eine feine Kasse!“
„Kommi, trint Tee; is schnell!“

Die drei hochbetagten, in gleich weiße, gestärkte und geplättete Mittel gefeierten Mädchen umschwärzten Züßlinger wie Bienen, nötigten ihm den Imbiß auf, schwagten und horchten dabei, ob nicht etwa jemand käme.

„Schlaf ein Stündchen, ehe du weiterarbeitest.“

„Nach das Spaziergänglichchen über den Hof.“

„Tu das nicht wieder, was du vorhin tatest.“

„Gehe nur ja nicht gleich in den TTT Raum.“

Ihre aufdringliche Liebe verursachte dem Geheimrätling oft Brechreiz, obgleich er seit einem Vierteljshundert in dieser Pflege stand. Seine drei Basen waren ihm unentbehrlich, aber auch unausstehlich. Er sah sich hilflos um, auf seinem bleichen Gesicht malte sich ein Entschluß und gleichzeitig ein Widerwille; er sprang auf und verschwand durch eine Tür, blitzschnell wie ein Wiesel, und doch genügte die halbe Sekunde, während der diese Tür geöffnet und geschlossen wurde, um eine Welle eines heißen, saden Geruches wie nach vielen Wöchenerinnen im Zimmer zu verbreiten.

Ida, Thella und Stephanie schüttelten sich vor Ekel.

„Arnold! Guter, bester Arnold; bei allen Heiligen, komm heraus!“ So riefen sie ihm schmachend nach.

Aber alles blieb grabesstill. Der Raum, in dem Züßlinger verschwunden war, hatte doppelte Wände wie eine Flasche für flüchtige Luft, er war ein einziger großer Wärmehaube ohne Fenster, aus dem kein Ton nach außen drang.

Züßlinger sah gewohnheitsmäßig nach der Wärmehaube, die die ewig gleiche Temperatur von 37 Grad Celsius anzeigte; dann, nachdem er sich an einem Kühlgefäß mit Eis für zu schaffen gemacht hatte, denn er war ein Trinker, aufatmete er trotz der Hitze und genos den Ekel, den er hier immer empfand. Hier, in seinem Badraum, war er vorläufig noch ungestört. Aber er mußte erst eine ängstliche Beklemmung unterdrücken.

Ein leises, prickelndes Kaufchen, als ob zahllose Gärungsblasen zerplatzten, durchschimmerte die gleichwohl ungewöhnlich leichte Luft. In einer Reihe langer Radelstränge lagen auf Glassteben weiße und rötliche Klumpen, wie große Brotteige oder wie halb durchscheinende Gallertmassen, wie Laich riesenhafter Amphibien. Diese weichlichen Bildungen, durch deren Wülste hier und da ein Zittern, eine plötzlich auffladernde oder sanft verstreichende Wellenbewegung lief, wurden von unten aus einem Röhrenwerke mit Luft durchspült; und trotz der weiten, über ihnen angebrachten Abzugstrichter waren sie die Ursache des süßlichen, abgestandenen Fleischgeruches.

Ein künstlich stumm gemachter, halbnahter Mensch erhob sich fäglich feucht aus einem Winkel und schlich hinter Züßlinger her. Der gab ihm ein paar Befehle, und der Mensch regelte den Zufluß einer zweiten Rohrleitung, aus der sich ein feiner Sprühregen über die Tröge ergoß.

„Es ist gut!“ sagte Züßlinger, gab dem Menschen ein Glas Schnaps und wies ihn in seinen Winkel zurück.

Mitten durch den Brutraum lief ein gläserner, luftdicht verschließbarer Aufzugschacht. Dorthinein, wo die Temperatur etwas erträglicher war, begab sich der Geheimrätling und nahm in einer kleinen, käfigartigen, gleichfalls gläsernen Kiste an einem mit Büchern bedeckten Tischchen Platz. Hier lagen, lieberlich zerstreut, seine gedruckten und seine ungedruckten, in säuberlicher Kursive abgefaßten Arbeitsergebnisse, aber er schaute nicht danach hin.

„Fort mit diesem schandhaften Mist!“

Er schob einen Bücherhaufen beiseite und holte unter dem Tische einen dicken Folianten heraus, der ihm sonst als Fußbank diente. Das war ein Arzneibuch aus dem Ende des 17. Jahrhunderts, das zur Ehre Gottes und zum Heil der Menschheit geschrieben, umfangreiche Werk eines gewissen Hofmanni, des Erfinders weltberühmter Tropfen. Und er las mit aufklärerndem Gesicht vom Apoth und Alkoh, und von den Kräften der Blumen und Tiere. Seitenumschlagend gelangte er bis zu den Heilwirkungen, die in den Organen und Abfällen des menschlichen Leibes verborgen sind, und er nickte beinahe fröhlich mit seinem völlig haarlosen Kopfe.

(Fortsetzung folgt.)

Bücher.

Vergehlichkeit und Zerstreuung und ihre Behandlung durch hygienische und therapeutische Maßnahmen von Dr. A. Lorand, Baderarzt in Karlsbad, Dr. Werner Klinik, harzt Verlag, Leipzig. Preis geb. 20 Mk., geb. 25 Mk.

Der Name Lorand ist auf dem Gebiete der biologischen Forschung in der Heilwissenschaft seit vielen Jahren wohl bekannt und beachtet. Er steht ein für den Standpunkt, daß es sehr wohl möglich sei, durch vernünftige Einwirkung auf die Organe des Körpers dem Einzelwesen Bahnen zu eröffnen, auf denen sich die Leistungen von Körper und Geist naturgemäß steigern und vervollkommen lassen, ohne dabei die natürliche Lebensdauer durch vorzeitigen Verschleiß abzukürzen, ja daß im Gegenteil eher noch eine gelinde Verlängerung des Lebens zu ermöglichen wäre. Ein besonderes Kapitel umfassen die Fragen des geistigen Lebens, des aufnehmenden und schaffenden Denkens, das an die Unversehrtheit des Gehirns, der Nerven und der Sinnesorgane gebunden ist. Die Aufnahmefähigkeit, die Merkfähigkeit und die Erinnerungsfähigkeit als Grundlagen geistiger Arbeit werden nach der Seite der fördernden und hindernden Bedingungen ausführlich besprochen. Dabei eröffnet sich schon ein weiter Ausblick auf die allgemeinen Forderungen im Interesse der Gesunderhaltung des Denkorgans. Die Darstellung der Veränderungen an den Gehirnzellen und ihren feinen Faserverläufen sowohl im Sinne des Aufbaus wie des Niederganges und Verfalls bietet vielverheißende Ausblicke auf eine Möglichkeit der Erziehung des Denkens zu einer höheren Leistungsstufe. Dabei erweist es sich aber, daß der gesamte Organismus mit all seinen Teilen innig miteinander greift, daß vor allen Dingen die Drüsen mit „innerer Ausscheidung“, die Schilddrüse, der Hirnanhang, die Geschlechtsdrüsen, Organe, die neuerdings wohl jedes Menschen Interesse wachrufen, von besonderer Bedeutung sind für die Erhaltung regelmäßiger Leistungsfähigkeit des Gehirns sind.

In welchem Umfange Schädigungen der Körperorgane das geistige Leben fördern beeinflussen, wird an einer ziemlich erschöpfenden, wenn auch ganz kurz gehaltenen Beleuchtung der einzelnen krankhaften Veränderungen entwickelt. Aus diesen Darstellungen vermag man aber auch leicht die heilenden und vorbeugenden Maßnahmen zu folgern, die zumeist in engster Verbindung mit unseren sozialen Lebensbedingungen stehen. Zweckmäßige Ernäh-

zung unter Vermeidung der Schädlichkeiten der Gifte sowie der sogenannten Genußmittel, richtige Einleitung und Abmässigung der Arbeit, der Ruhe und der Erholung, vernünftige Körperpflege einschließlich des Sports und nicht zuletzt Sicherstellung der Lebenshaltung vor Sorgen sind die wichtigsten Gesichtspunkte, die sich aus den einzelnen Teilen des Buches ergeben.

Wenn als Kennzeichen der verminderten geistigen Arbeitsfähigkeit die Vergehlichkeit in den Vordergrund gestellt wird, so ist das ein vollkommen berechtigter Standpunkt. Nicht nur infolge als die Vergehlichkeit dem Kranken selbst die ersten Besorgnisse über den veränderten Zustand seines Gehirns zu geben pflegt, sondern weil in der Tat diese Erscheinung am häufigsten das ganze Bild der Abnahme der geistigen Kräfte beherrscht, und weil ihre Behandlung, ihre Besserung den deutlichsten Fingerzeig gibt für die Möglichkeit der Heilung dieser Gehirnleiden und ebenso vieler Allgemeitleiden, aber weil wir aus diesen Erfolgen Schlüsse ziehen dürfen auf die Bildungsarbeit der Gehirnzellen und Gehirnsfasern zum Ziele der Hebung der geistigen Leistungen des ganzen Volkes.

Deshalb ist das Buch nicht nur für den Arzt von Wert, sondern ebenso bedeutsam für den Lehrer wie für jeden im Sinnsozialer Verwirklichung des Volkes arbeitenden Sozialpolitiker. Dr. Popik.

Kleine Chronik.

Von Konrad Voelke, dessen in der Leipziger Volkszeitung erschienenen Erzählungen demnachst auch in Buchform herauskommen werden, beginnen wir heute eine merkwürdige Geschichte: Züßlinger und seine Zucht. Der Zufall will es, daß sie eine Art Gegenstück zu Ständers Studentin bildet, deren Ausdruck wir schon besprochen. Auch Voelkes Werk ist utopischphantastische Zukunftsspekulation, aber erfüllt von größter Satire. Nicht ein sozialistisches Zukunftsbild wird hier gegeben, sondern jenes Gegenteil davon, wie es die reaktionären Mächte lieber heute als morgen verwirklichen möchten. Die Bilder kommen von dem jungen Hans Albert Förster, der den Genossen als Zeichner und Schriftsteller gleichfalls bekannt ist.

Neues Theater. (Der Freischütz.) Dies Werk ist immer frisch und anheimelnd. Was ist das Geheimnis dieser nie verfallenden Wirkung? Vielleicht liegt es im Menschlichen Karl Maria von Weber selbst. Der war ein recht bescheidener Musiker, einfach, fast unbedeutend in seinem Wesen. Aber er hatte es in sich. Er lebte nach innen und war darum reicher als viele Aender. Selbst Beethoven sagte, als er den Freischütz in Partitur las, „er habe das dem Männel gar nicht zugehört.“ Die Rolle des „Gesegneten des Herrn“ des würdigen Eremiten, hatte gestern Otto Selmann vom Stadttheater Königsberg inne. Seine Stimme ist recht angenehm, dabei trefflicher und, wie aus gewissen Einzelheiten zu schließen war, auch härterer dramatischer Wirkung fähig. Das Spiel löst sich nach dieser, sehr wenig bewegten Rolle nicht beurteilen.

Konzert in der Nikolaikirche (zum Besten der abstimmungsberechtigten Oberstufen). Abstimmung? Kirche? Oberstufen? Sonderbare Verquickung! Ah, das soll für die anwesenden „Abstimmungsberechtigten“ heißen: ihr Lieben im Herrn, wir verstehen ja, daß ihr als gottesfürchtige Christen euch nicht für die TTT-Republik entscheiden wollt; so nimmt wenigstens für die kirchlich begutachtete „deutsche Kultur“, wie ihr sie hier hört. (Weis: es gibt auch ein Douceur auf die Reife!) Und für das zahlende Publikum: Geht, macht mal euren so fest verschlossenen Geldbeutel auf, liebe Brüder. (Weis: ihr müßt, es geht um die Kohle). Nun für diesen Gott wohlgefälligen Zweck (wohlgemerkt: gemeint ist hier ausdrücklich der bewußte „deutsche Gott“ der Herren Feld-, Etappen- und Heimatgeistlichen), also für diesen Zweck war das Konzert recht geschickt zusammengestellt. War es doch fast durchweg Musik älterer Kirchenmeister von demütigen, sanft-erhebendem Charakter, aus jener Zeit, da die unterdrückte Klasse der Bourgeoisie von ihren Ausbeutern mit schauer Berechnung in dem finstlichen Aberglauben an göttliche und fürstliche Vorlesung gehalten wurde. — Die Ausführung der Tonstücke war recht ungleichmäßig. Auf der Höhe waren allein die Orgelvortrüge des Herrn Heier (besonders Bachelbels reizend-pastorale Toccata F-dur und Bachs D-moll Präludium). Frau Habnithers Organ ist, obwohl ausgiebig und voll, von einer gewissen störenden Schärfe, die den sonst hochmuskulösen Vortrag hörte. Der Baritonist Paul Loffe hat noch auf die Aussprache zu achten, während Herrn Bunges Violinspiel neben einigen Unregelmäßigkeiten dynamisch nicht befriedigte.

Drei Konzerte für die Arbeiterschaft. Das Arbeiterbildungsinstitut hat für diesen Monat drei Konzerte im Kaufhaus vorgesehen und eröffnet mit diesen den künstlerischen Teil des Winterprogramms. Für die arbeitende Jugend wird am Sonntag, dem 19. September, ein Mozart-Beethoven-Nachmittag gegeben, an dem Clara Ferrer (Sopran), Michael Koffert (Klavier) und Wolfgang Kaufmann (Violine) mitwirken. Zum Gedächtnis Beethovens (160. Geburtstag) werden am Sonntag, dem 26. September, Sonaten für Klavier von Prof. Conrad Ansoerge, Berlin, vorgetragen. Es ist zu wünschen, daß dieses Konzert von der Arbeiterschaft gebührend gewürdigt wird. Für unsere Kinder im reiferen Alter sollen in diesem Winter besondere Veranstaltungen getroffen werden. Der Anfang wird mit einem Kinder-Nachmittag am Mittwoch, dem 29. September, im Kaufhaus gemacht. Gewonnen sind dafür: Frau Schmidt-Ziegler (Gesang), Fr. Anni Eisele (Klavier), Konzertmeister Hugo Hamann (Violine). Mit den reizvollen rhytmischen Tänzen, ausgeführt von Jugendlichen unter der Leitung des Fr. Schlegler, erhalten diese Nachmittage besonderen Wert. Die erwählte erste Veranstaltung ist für die Kinder des Zentrums vorgesehen. In den Bezirken finden die Wiederholungen statt, um möglichst vielen das Gebotene leicht zugänglich zu machen. (Unsere Ortsvereine zur Beachtung empfohlen!) Die Karten zu diesen drei Konzerten gelangen in den nächsten Tagen zur Ausgabe. Der Eintrittspreis für erstes und drittes Konzert beträgt 1 Mk., für das zweite, da zu diesem Erläuterungen abgegeben werden, 2 Mk. Die Eintrittspreise sind für vollbesetzte Häuser berechnet. Die Arbeiterschaft hat es in der Hand, durch guten Besuch eine Erhöhung zu vermeiden. A.-B.-L. Leipzig.

Städtische Theater. In der für Freitag angekündigten Aufführung von Koch sind wir da übernimmt für den erkrankten Ewald Schindler Alfred Schönlager die Partie des Johann Strauß. Die Ausgabe der Anrechtkarten für den vierten Jahresteil erfolgt vom 13. bis 18. d. M., von 10 Uhr vorm. bis 1 Uhr mittags, an der Hauptkasse im Neuen Theater (früheres Theatercafé). Die bisherigen Preise erhöhen sich um 10 Proz., die erhöhte städtische Kartensteuer. Die Anrechtkarten werden gegeben, die neuen Karten persönlich oder durch einen Vertreter abfordern zu wollen. Die bisher häufig gewünschte Zulassung durch den betreffenden Saalkassierer ist nicht mehr zulässig. — Die für Sonntag angeordnete Aufführung von Verdis Trubadour beginnt bereits um 7 Uhr, worauf besonders aufmerksam gemacht wird.

Wichtige Bekanntmachungen.

Die Anzeigungen für die städtische Straßenreinigung...

relinaung betr. versehen im Neuen Rathaus...

haben. Der gesamte 29. Postbezirk bleibt aber...

Laucha. 1. 200 g Gefrier-Hammelfleisch...

U.S.P.D. Groß-Leipzig Parteisekretariat...

Beucha u. Umg. Sonnabend, den 11. September...

Dölsig u. Umg. Sonnabend, den 11. September...

Goldschmied-Großstädten. Sonnabend, 11. Sept.

Großhändler. Sonnabend, den 11. September...

Holzhausen-Zufelhausen. Morgen Sonnabend...

Lößnitz-Dölsch-Dölsen. Sonnabend, 11. September...

Dekich-Gaußsch. Sonnabend, den 11. September...

Stahmeln. Sonnabend, den 11. September...

Stötterich. Morgen Sonnabend, den 11. September...

Stütz. Sonnabend, den 11. September...

Wahren. Unter diesjähriges Kinderfest soll...

In 1 Stunde vertilgen Garantie Käufe...

Soeben ist in unserm Verlage erschienen: Gerhart Seger Kunst und histor. Materialismus...

Politischer Parteien und Verfassungskämpfe in Sachsen...

Ganze Wirtschaft, Stube, Kammer u. Küche...

Sparkasse Paunsdorf. Geschäftsfeld: Montags bis Freitags 8-2 Uhr...

Sußbodenlackfarbe in gar. Friedensqual. kr. 19.8. hochglanz. harttrocknend...

Siehe durch die traurige Nachricht, daß unser lieber Bruder...

Nach kurzer Krankheit verließ plötzlich mein lieber Mann...

Arbeitsmarkt

Lüchtiger Wildwaren-Zurichter als Vertikaler sofort gesucht...

Lüchtigen Bandsticker sucht Leinwand...

Männer u. Frauen verdienen ohne Mühe...

Perf. Maschinenfaherin für Maschinenged. gesucht...

Vernehmende f. Kurven, Wolament, Großtblg...

Verkäufe Kürbisse f. Sentur u. Fahren geben ab...

Zigaretten gar. rein, in Baumst. 15 Blg...

Zigarren aus überreife Tabak...

Mancheiter u. Frauen, Bela, Friedensware...

Reichsfeife bietet port. in 2000er, Leipzig...

Wichtige Bekanntmachungen. Die Anzeigungen für die städtische Straßenreinigung...

relinaung betr. versehen im Neuen Rathaus...

haben. Der gesamte 29. Postbezirk bleibt aber...

Laucha. 1. 200 g Gefrier-Hammelfleisch...

500 Ulster Sportpaletots / Anzüge / Fracks u. Smokings...

Starke Papiergewebe für Ende um. 100 cm breit...

Neu und gebraucht! Herren - Hemden, Damen - Hemden...

Gebett Federbetten, fast neu (Deckb., Unterb. u. 2 Rill.)...

Bettwäsche 1 Bezug und 2 Kissen 1* 104.-, 210.-, 224.-, 252.-...

Preiswertes Angebot zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen...

Brauna Herrenstiefel Mk. 162.50 Herrenstiefel schwarz Mk. 135.50...

Kinderstiefel in allen Größen Leder-Hausschuhe v. Mk. 16.50...

Leder-Sandalen für Herren, Damen und Kinder Holz-Sandalen...

Strümpfe u. Socken von 13.75 und 5.50 an Schuhhaus Neptun...

Geb. Fahrräder Gr. Reichsstraße 22, Lad. Herr. M. G. u. aut. bef. v. L. Demmeringstr. 61, II.

Herren-Had. aut. bef. Doppelb. Waldmalden auf ver. L. u. d. Gemeindefahrstr. 18.

Herren-Had. aut. bef. Doppelb. Waldmalden auf ver. L. u. d. Gemeindefahrstr. 18.

Herren-Had. aut. bef. Doppelb. Waldmalden auf ver. L. u. d. Gemeindefahrstr. 18.

Uhren Gold- und Silberwaren Größte Auswahl...

Fahrrad 3 mal gefahren, extra hart, bill. 3. v. L. u. d. Gemeindefahrstr. 12, II.

Deiten u. Schläuche Kleinauswahl, Decke 80.8. Schlauch 25.8. Gebirgsreifen...

Kinderwagen für 100.8. an v. L. u. d. Gemeindefahrstr. 13, III.

Wäsche, Kleidung, Schuhwerk, Wolltücher, Socken, Strümpfe...

Gr. u. H. Gesellschaftsim. mit u. ohne Tanzfläche...

Uhrmacher Urban Spezialist für Reparaturen...

I. Berleib-Institut für. Gesellschaftsanlage J. Kindermann...

Eleg. Fracks u. Gehrockanzüge verleiht Schall Große Reichsstraße 10, I.

Herren-Moden neu an. Abend., Kap., Tend. Möhrle, Klosterstraße 2, III, I.*

Inferate sind nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition...

Unterricht Massage-Unterricht mit ärztlicher Prüfung...

Wohnungen Gutmäß. Zimm. an sonn. u. schatt. Ort...

Wohnungstausch 3-Zimmer-Wohn. in Weidenfeld...

Möbel Wäsche, Kleidung, Schuhwerk, Wolltücher, Socken, Strümpfe...

Gr. u. H. Gesellschaftsim. mit u. ohne Tanzfläche...

Uhrmacher Urban Spezialist für Reparaturen...

I. Berleib-Institut für. Gesellschaftsanlage J. Kindermann...

Eleg. Fracks u. Gehrockanzüge verleiht Schall Große Reichsstraße 10, I.

Herren-Moden neu an. Abend., Kap., Tend. Möhrle, Klosterstraße 2, III, I.*

Inferate sind nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition...

Unterricht Massage-Unterricht mit ärztlicher Prüfung...

Wohnungen Gutmäß. Zimm. an sonn. u. schatt. Ort...

Wohnungstausch 3-Zimmer-Wohn. in Weidenfeld...

Wohnungstausch 3-Zimmer-Wohn. in Weidenfeld...

Wohnungstausch 3-Zimmer-Wohn. in Weidenfeld...

Wohnungstausch 3-Zimmer-Wohn. in Weidenfeld...

Wohnungstausch 3-Zimmer-Wohn. in Weidenfeld...

